

Strukturmuster, Selektionsprämissen und Resultate von Kandidatenaufstellungen zu Bundestags- und Europawahlen in Deutschland

Eine längsschnitt- und querschnittanalytische Objektivierung subjektiver Anreiz- und Verteilungsstrukturen

Benjamin Höhne

1. Problemstellung und Vorgehensweise

Politische Parteien nehmen durch Wahrnehmung der Personal- und der Elitenrekrutierung eine Schlüsselstellung in demokratischen Repräsentationsprozessen ein (vgl. Katz 2001: 278; Norris 2006: 89). Die Rekrutierungsfunktion gewinnt sogar gegenüber den weiteren für ein demokratisches politisches System relevanten Parteifunktionen wie Sozialisierung, Mobilisierung, Interessenaggregation und -artikulation an relativer Bedeutung (vgl. von Beyme 2001: 335). Zum einen ist dies darauf zurückzuführen, dass Parteien bei der Rekrutierung, anders als bei anderen Funktionen, keine Einbußen hinnehmen mussten. In Parteien und nicht in anderen intermediären Institutionen wie Vereinen oder Verbänden wird entschieden, welche Kandidaten für öffentliche (Wahl)Ämter nominiert, gewählt oder delegiert werden. Zum anderen steigt der systemfunktionale Stellenwert politischer Eliten in modernen Demokratien und damit auch der der Rekrutierungsfunktion von Parteien, weil durch Personalisierung zur Reduktion der gestiegenen inhaltlichen, prozessualen und institutionellen Vielschichtigkeit des Politischen beigetragen wird (vgl. Grande 2000: 137; zum politischen Elitenbegriff vgl. Reitmayer 2009). Fraglich – und deshalb Gegenstand dieses Aufsatzes – ist jedoch, ob beziehungsweise unter welchen ‚(Erfolgs)Bedingungen‘ Parteien in der Lage sind, auf veränderte funktionale Umwelтанforderungen bei der Bereitstellung politischer Entscheidungsträger zu reagieren.

Wie und mit welchen Outputs Parteien ihrer Hauptaufgabe der intermediären Vermittlung durch Ausüben ihrer Kernschnittstellenkompetenz der legislativen Rekrutierung nachkommen, ist die Leitfrage dieser quantitativ-deskriptiven Untersuchung. Resultate von Kandidatenaufstellungen sind also die abhängige Variable. Welche parteiinternen personellen Konstellationen vorteilhafte Ausgangsbedingungen für die parteiexterne Adaptionfähigkeit von Bewerbernominierungen bieten, wird im Abschnitt 2 dieses Aufsatzes theoretisch herausgearbeitet und in zentralen Thesen zusammengefasst. Im 3. Teil wird ein Analysemodell elaboriert, bei dem Machtrelationen zwischen

und Selektionsprioritätensetzungen von innerparteilichen Akteuren die Stellung erklärender Variablen einnehmen. Dabei werden Verfahren und Strukturen bei Kandidatenaufstellungen zu Bundestagswahlen und zu Europawahlen in Deutschland zu jeweils einem spezifischen Handlungssystem realitätsvereinfachend zusammengefasst. Im empirischen Teil dieser Abhandlung (4. Abschnitt) werden Selektionseffekte beziehungsweise Rekrutierungsoutputs auf das Handeln von Akteuren innerhalb der beiden subjektiven Anreiz- und Verteilungsstrukturen (Bundestags- und Europa-Kandidatenaufstellungen) zurückgeführt. Schließlich soll mit diesem Beitrag auch zur weiteren theoriegeleiteten Exploration der legislativen Rekrutierungslandschaft in Deutschland beigetragen werden (zum Forschungsstand vgl. Schüttemeyer 2002).

Die empirische Grundlage dieser Sekundäranalyse sind aggregierte Angaben über Kandidaten und Abgeordnete zu Anzahl, Geschlecht, Alter, Beruf und Partei (CDU, CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE). Querschnitt-Vergleichsperspektiven werden erstens zwischen Kandidatenaufstellungen zum Deutschen Bundestag (BT) und zum Europäischen Parlament (EP) in Deutschland sowie zweitens zwischen erfolgreichen Kandidaten beziehungsweise Abgeordneten und erfolglosen Kandidaten beziehungsweise Personen, die den Parlamentseinzug verfehlt haben, eingenommen.¹ Mittels Längsschnittbetrachtungen werden ‚Veränderungsprozesse‘ bei den Kandidatenaufstellungen herausgearbeitet.² Direkt- und Listenbewerber zu Bundestagswahlen sind in den verfügbaren Daten nicht getrennt ausgewiesen, so dass deren soziostrukturelle Merkmale nur zusammengefasst betrachtet werden können. Entsprechend sorgfältig sind die rudimentären soziostrukturellen Daten im Hinblick auf die Qualifikationen der Bewerber und der Rekrutierten sowie auf die Selektionsinteressen der Rekrutierenden zu interpretieren.

Dass Bundestags- und (deutsche) Europa-Kandidatenaufstellungen miteinander verglichen werden, liegt an der bei beiden Anreiz- und Verteilungs-

-
- 1 Vereinfacht wird davon ausgegangen, dass die Kandidaten, also die auf den Aufstellungsversammlungen nominierten sowie gegenüber dem Wahlleiter angezeigten und von ihm zugelassenen Personen, den Pool bilden, aus dem die Abgeordneten hervorgehen. In der Realität kann dieser Pool jedoch personell kleiner oder größer sein. Zum einen wird nicht bei jeder Kandidatur ein Abgeordnetenmandat angestrebt und zum anderen werden faktische Selektionsentscheidungen schon vor dem Abhalten der Aufstellungsversammlungen getroffen. Personen, die ihre Kandidatur bei einer als gering eingeschätzten Erfolgsaussicht nicht weiter verfolgt haben, wie auch solche, die nicht nominiert wurden, bleiben folglich unberücksichtigt.
 - 2 Der Untersuchungszeitraum setzt 1979 beziehungsweise 1980 ein und endet 2004 beziehungsweise 2005 (Europa-/Bundestagswahl). Querschnittvergleiche zwischen Bundestags- und Europa-Kandidatenaufstellungen werden jeweils in der größtmöglichen zeitlichen Nähe zueinander vorgenommen. Alle Angaben und Ausführungen beziehen sich nur auf benannte Parteien. Aus stilistischen Gründen werden bei den Parteien BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE Vorläuferbezeichnungen beziehungsweise -organisationen soweit möglich nicht genannt, und es wird auf geschlechtsneutrale Formulierungen verzichtet. Mit Kandidaten und Abgeordneten des Europäischen Parlaments sind nur die in Deutschland kandidierenden/gewählten Europabewerber/-abgeordneten gemeint.

strukturen ähnlich ausgeprägten innerparteilichen Bedeutungswahrnehmung, so eine einleitend näher zu begründende Ausgangsannahme dieses Beitrags. Nur der Deutsche Bundestag und das Europäische Parlament (infolge seiner sukzessiven Macht- und Kompetenzgewinne, vgl. Hix et al. 2007) haben anders als Landes- oder Kommunalparlamente Gesetzeskompetenz für das gesamte politische System Deutschlands oder sogar darüber hinaus. Infolge sich europäisierender Kandidatenaufstellungen zum Europäischen Parlament (vgl. Höhne 2007: 12-24) liegt inzwischen eine annähernd gleiche Bedeutungsbeimessung von Bundestags- und Europamandaten bei den auswählenden Personen und den Mandats-Interessenten vor.³ Ökonomisch betrachtet wird beiden Mandatstypen, die ein knappes respektive stark nachgefragtes Gut darstellen, eine in etwa ähnliche innerparteiliche ‚Preiskategorie‘ zugeordnet. Diese Preiskategorie bildet zudem in der parteiinternen Positionshierarchie von öffentlichen Wahlmandaten die höchste Stufe ab. Dabei ist die Währung oder auch der individuell zu entrichtende Preis das politische Kapital des Bewerbers (zu Marktmodellen in der Rekrutierungsforschung vgl. Solvang 1982: 152; Norris 2006). Politisches Kapital ist „eine Art Prestigekapital, ein symbolisches Kapital, das an die Art und Weise gebunden ist, wie eine Person wahrgenommen wird.“ (Bourdieu 2001: 52f.) Es ist von der Machtstellung seines Trägers in seiner Partei abhängig (vgl. Bourdieu 2001: 53). Angenommen wird, dass aus Sicht der an einem Parlamentsmandat interessierten Parteimitglieder Affinitäten bei beiden immateriellen⁴ und materiellen⁵ Anreizstrukturen bestehen. Diese wie auch die damit korrelierenden wahrge-

3 Ergebnisse der Europäisierungsforschung nationaler Parteien können derart interpretiert werden, dass dem Europäischen Parlament inzwischen eine hohe politische Bedeutung (zumindest) durch die nationalen Parteieliten beigemessen wird und deshalb europaspezifische Kompetenzen der Mandats-Interessenten von gesteigener Relevanz bei der Kandidatenauswahl sind (vgl. Poguntke 2007: 119; Poguntke/Pütz 2006: 349). Zu berücksichtigen ist jedoch, dass diese Annahmen und Befunde nur für die jüngeren Europa-Kandidatenaufstellungen Gültigkeit beanspruchen können.

4 Dazu gehören unter anderem parlamentarische Gestaltungs- und Kontrollchancen, innerparteiliches und öffentliches Ansehen eines Mandats. Das Mandatsprestige dürfte bei Europaabgeordneten sogar größer als bei Bundestagsabgeordneten ausfallen, wenn sich die gegenüber dem Bundestag regelmäßig größeren gesellschaftlichen Zustimmungswerte des Europäischen Parlaments (vgl. Europäische Kommission 2009: 12) auf dessen Mitglieder übertragen lassen. Außerdem sind Europaabgeordnete in ihren Parteien eine wesentlich kleinere Gruppe als Bundestagabgeordnete.

5 Dazu gehören unter anderem Diäten, Ruhestandsversorgungsleistungen und Ressourcenausstattung wie Büro, Mitarbeiter und Beratungsdienstleistungen wissenschaftlicher Parlamentsdienste. Deutsche Abgeordnete des Europäischen Parlaments erhalten ähnliche Bezüge und Ruhestandsgelder wie Bundestagsabgeordnete. Mit dem Inkrafttreten des EP-Abgeordnetenstatuts in der 7. Legislaturperiode ab Juni 2009 wurde die bisherige Entlohnung der Europaabgeordneten, die sich an der Diätenhöhe der jeweiligen nationalen Parlamente orientiert hatte, abgeschafft. Seither erhalten alle Europaabgeordneten 38,5 Prozent der Grundbezüge eines Richters am Europäischen Gerichtshof, was ein Bruttoverdienst von 7.665 Euro ist (vgl. Art. 10, Regelungen und Allgemeine Bedingungen für die Wahrnehmung der Aufgaben der Abgeordneten des Europäischen Parlaments).

nommenen und antizipierten Anforderungen der auswählenden Personen beeinflussen die Motivationen für die Kandidaturen (vgl. Norris 1999: 94).

Verfahren der Kandidatenaufstellungen in Deutschland sind stark durch die jeweils einschlägigen Wahlrechtsvorgaben reguliert (vgl. Ranney 1981: 76-82; Schuster 1994: 207f.). Daraus ergeben sich bei den Kandidatenaufstellungen zu Bundestags- und zu Europawahlen Voraussetzungen, die sich abschwächend auf parteispezifische Rahmenbedingungen auswirken. Satzungs- und statutenrechtliche Regelungen sowie politisch-kulturelle und organisationsstrukturelle Besonderheiten der Parteien, wozu insbesondere formale und informale Strukturselektionsmechanismen bei Listenaufstellungen sowie vorherrschende Muster der innerparteilichen Entscheidungsfindung gehören, sollen deshalb in diesem Aufsatz nicht den Analyseschwerpunkt darstellen. Die Nominierungsprozeduren in den Parteien waren zudem im gesamten Betrachtungszeitraum kaum Veränderungen unterworfen und werden deshalb als konstant behandelt. Nationale politisch-institutionelle und gesellschaftliche Kontextvariablen wirken sich in nahezu gleicher Weise auf Bundestags- und (deutsche) Europa-Kandidatenaufstellungen aus und können deshalb als Einflussfaktoren in dieser Fallstudie vernachlässigt werden. Europawahlen sind seit ihrem erstmaligen Abhalten eine nationale Angelegenheit in und außerhalb der Parteien (vgl. Reif/Schmitt 1980). Daran hat sich auch bei den im Jahr 2009 abgehaltenen EP-Kandidatenaufstellungen nichts geändert: Transnationale Parteien üben auf diese in keinem EU-Mitgliedsstaat Einflüsse aus, so ein Ergebnis einer aktuellen Studie im Auftrag des Europäischen Parlaments (vgl. European Parliament 2009; für Deutschland vgl. S. 58-74).

2. Theoretische Überlegungen: personelle Voraussetzungen der Adaptionsfähigkeit und -bereitschaft von Parteien bei Kandidatenaufstellungen

Parteien können als Organisationen verstanden werden, deren primäres Ziel es nicht ist, (personelle) Inputs in ein politisches System einzubringen, um letztlich dessen Persistenz zu sichern. Anknüpfend an elitendemokratiethoretische Überlegungen Joseph A. Schumpeters können Parteien als zweckrationale, eigene Interessen verfolgende Akteure betrachtet werden, die in einem Wettbewerb um Wählerstimmen stehen (vgl. Wiesendahl 1980: 146f.). Aus diesem Blickwinkel werden bei Kandidatenaufstellungen in erster Linie organisationsbezogene Kollektivziele zum Aufrechterhalten oder zum Verbessern der Wettbewerbsposition der Partei verfolgt (vgl. auch Kirchheimer 1965: 39). Naheliegend wäre folglich, dass Parteien, die vielfältigen, andauernden und sich verändernden gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen

und technisch-medialen Umwelteinflüssen ausgesetzt sind, dynamische Außenselektionsmaßstäbe bei der Aufstellung von Wahlbewerbern anlegen, um möglichst adäquat auf sich wandelnde Bedingungen parteipolitischen und parlamentarischen Handelns zu reagieren. Dabei ist die Umwelt der Parteien „ein turbulentes, intransparentes Feld, aus dem die Organisation eigene Entscheidungsgrundlagen zu gewinnen hat.“ (Luhmann 2006: 27)

Genau diese parteiorganisationale Anpassungsfähigkeit und -bereitschaft wird (implizit) angenommen, wenn Professionalisierung als „Merkmal moderner politischer Führungsrekrutierung“ (Herzog 1982: 96) ausgemacht wird. Demnach gehe von dem umfangreich in der Politikwissenschaft untersuchten ‚Megatrend‘ der wechselwirkenden und facettenreichen Professionalisierung von Abgeordneten⁶, Parlamenten⁷ und Parteien⁸, deren institutionelle Spielart vielfach eine Ausdifferenzierung politischer Subsysteme sowie eine (strategische) Anpassung von Ressourcen, Verfahrensabläufen und Regelungskompetenzen an veränderte Umwelten bedeutet, ein Anreiz zur Modifikation der Kandidatenaufstellungen aus. Dieser reaktive Prozess wäre in erster Linie als eine bewusst gesteuerte Adaption der maßgeblichen Selektionskriterien zu verstehen und ließe sich durch eine Hypothese folgendermaßen ausdrücken: Je mehr bestimmte individuelle Motivationen, Eigenschaften, Fähigkeiten und Ressourcen als bedeutsam für das berufliche Ausüben von Politik in der Partei und im Parlament erachtet werden, desto wichtiger werden diese bei den Kandidatenselektionen (vgl. Weßels 1995: 12).

Derartige Professionalisierungsansätze laufen jedoch Gefahr, das Lernvermögen, die Adaptionfähigkeit und -bereitschaft der Parteien zu überschätzen. Parteien können sich – nicht nur bei ihren legislativen Personalauswahlen – gegenüber Außenbedingungen ebenso gut unempfindlich oder lediglich zögerlich reagierend verhalten (vgl. Ware 1996: 277). Niklas Luhmann weist in diesen Zusammenhang darauf hin, dass Parteien „selbstorgani-

6 Mit seiner auf ökonomische Überlegungen zurückgehenden Unterscheidung von beruflich und ehrenamtlich ausgeübter Politik hatte bereits Max Weber (1921: 404) die Grundlage für Forschungen zur Abgeordnetensoziologie gelegt (vgl. Borchert 2003).

7 Um ihre zentralen Funktionen angesichts einer quantitativen Zunahme zu behandelnder Materien sowie gewachsener politischer und ökonomischer Interdependenzen wahrnehmen zu können, reagieren Parlamente durch eine stärker arbeitsteilige Organisation ihrer Arbeitsabläufe sowie durch den Ausbau von Human-, Finanz- und Sachressourcen (vgl. Schüttemeyer 1998: 337-368).

8 Unter Professionalisierung von Parteien wurde und werden vor allem der im längeren Zeitverlauf sichtbare Ausbau und die Modernisierung der Parteiapparate sowie die Ausweitung von Finanzquellen subsumiert (vgl. Herzog 1973: 109). Neuere Professionalisierungsschwerpunkte bei den Parteien betreffen vor allem die Aktivitätsbereiche des Führens von Wahlkämpfen (vgl. Farrell/Webb 2000) und der politischen Kommunikation, nicht nur, aber vor allem nach außen (vgl. Jun 2004). Innerparteiliche Entscheidungsfindungen unterliegen zunehmenden Effizienz- und Geschwindigkeitserfordernissen. Infolgedessen tritt in den Parteien eine Sogwirkung auf, politische Macht in einem (informal agierenden) ‚strategischen Zentrum‘ zu bündeln (vgl. Jun 2004: 121f.).

sierende Systeme (sind), die nur selbst über Responsivität und Aufgeschlossenheit gegenüber Anliegen ihrer Umwelt entscheiden können“ (Luhmann 2006: 271). Unbeweglichkeiten einer Partei gegenüber Umweltherausforderungen und eine nur beschränkte strategische Steuerungsfähigkeit nach innen wie nach außen resultieren vor allem aus ihrem komplexen, „mehrfach vertikal und horizontal fragmentiert(en)“ Aufbau (Wildenmann 1989: 104), ihrer sich entlang innerparteilicher Machtrelationen und Interessen verfestigenden Akteursvielfalt, ihrer Selbstreferenzialität und ihrer Mitgliedschaftslogik, die zumindest bei den ehrenamtlich Engagierten auf Freiwilligkeit basiert und deshalb eine schwache Regelbindung bedeutet (vgl. Jun 2004: 406; Schmid/Zolleis 2005). Dass die meisten Parteien in Demokratien keine monolithischen, hierarchisch strukturierten Organisationen sind, die ihre Entscheidungsprozesse streng von oben nach unten organisieren, ist inzwischen beinahe eine politikwissenschaftliche Binsenweisheit.

Parteien können also bei der Aufstellung von Parlamentsbewerbern auf Veränderungen ihrer Umwelt durch Anpassungen reagieren, indem sie sich an Außenselektionskriterien orientieren, oder dies unterlassen und ihre Kandidaten nach Binnenmaßstäben nominieren. Anknüpfend an die Ausgangsüberlegungen des einleitenden Kapitels ist daher von politikwissenschaftlichem Interesse, welche Rekrutierungsprämisse unter welchen parteiinternen Gegebenheiten bei Kandidatenaufstellungen zum Tragen kommt. Die Schwierigkeit dieses Vorhabens liegt darin, komplexe, interagierende, subjektive Anreiz- und Verteilungsstrukturen bei den innerparteilichen Kandidatenaufstellungen zu objektivieren. Anders als gelegentlich unterstellt wird, sind diese Strukturen jedoch nicht durch „unkontrollierte[n] Prinzipien“ (Leif 1992: 237) gekennzeichnet, sondern sie zeichnen sich – wie noch zu zeigen sein wird – durch jeweils typische Regelmäßigkeiten und implizite Prämissen aus.

Bisher war die Rekrutierungsforschung nur mäßig erfolgreich, objektive Qualifikations- und damit auch Selektionsprofile von potenziellen Abgeordneten zu identifizieren (vgl. Borchert/Stolz 2003: 152; Wiesendahl 2006: 97f.). Auch erweisen sich die beinahe regelmäßig auftretenden, mitunter diffusen und die Funktionsbedingungen wie auch Herausforderungen politischen Handelns in modernen Repräsentativsystemen leichtfertig ausblendenden Klagen über das vermeintliche Versagen der Parteien bei der Personalauswahl oder die damit logisch in Verbindung stehende angeblich mangelhafte Qualität der politischen Klasse in Deutschland (vgl. zum Beispiel bei von Arnim 2009: 70f., 377) für die Analyse von Selektionsmechanismen bei Kandidatenaufstellungen sowohl theoretisch als auch empirisch als nicht ertragreich.

Die skizzierten Forschungsdesiderata zur Adaptions(un)fähigkeit von innerparteilichen Kandidatenaufstellungen sind jedoch nicht allein auf Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Tätigkeitsprofils von Abgeordneten zurückzuführen. Zu wenig hat die Rekrutierungsforschung bisher unterschiedliche Einflusspotenziale und divergierende Selektionsinteressen der die Be-

werber auswählenden Akteure berücksichtigt, geschweige denn systematisch untersucht. Dies ist umso überraschender, da bei Kandidatenaufstellungen dauerhafte Prinzipal-Agent-Beziehungen begründet werden, die das parlamentarische und außerparlamentarische Handeln von Abgeordneten entscheidend prägen oder es – kaum sichtbar – sogar fixieren.

Zwar gelten für die Parteien die (verfassungs)rechtlichen Maßgaben des Grundgesetzes und die Vorschriften des Parteiengesetzes, die innerparteiliche Willensbildung – nicht zuletzt auch bei der Nominierung von Parlamentsbewerbern – nach demokratischen Maßstäben durchzuführen. Tatsächlich aber üben innerparteiliche Eliten/Führungsgruppen – darauf wurde schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts hingewiesen (vgl. Michels 1968; Weber 1980: 169) – bei Entscheidungsprozessen Führungs- und Steuerungsfunktionen aus. Die systemtheoretische und institutionelle Perspektive auf Parteien aufgebend wird deshalb nunmehr eine akteurszentrierte, das heißt eine individuelle Akteure und gleichzeitig unterschiedliche institutionelle Kontexte einbeziehende Sichtweise eingenommen (vgl. Scharpf 2000: 66).

Mitglieder oder Delegierte einer Partei, die bei innerparteilichen Wahlen die formalen Aufstellungsentscheidungen treffen, sollen im Folgenden als (innerparteiliche) Elektoren bezeichnet werden. Mit Selektoren hingegen sollen die individuellen Akteure gemeint sein, die faktische Auswahlentscheidungen treffen und dabei auch formale Einflüsse geltend machen können, beispielsweise durch eine offizielle Empfehlung bestimmter Bewerber oder durch einen Vorschlag zu deren Reihung auf einer Liste. Jeder Selektor ist Teil einer innerparteilichen Führungsgruppe, jedoch muss nicht jedes Mitglied der Parteilite zugleich die Rolle eines Selektors annehmen. Schließlich bringt nicht jedes Mitglied der innerparteilichen Elite sein ‚Gewicht‘ bei Kandidatenaufstellungen ein.

Trachten Selektoren danach, ihre innerparteiliche Position zu verstärken, können sie als innerparteiliche Beharrungskräfte wirken, die dadurch den Status Quo des parteiinternen Machtgefüges konservieren (vgl. Herzog 1973: 118). Aufstellungsrelevant ist dann weniger die parlamentarische Eignung der Mandats-Interessenten, sondern stärker deren perzipiertes Gefährdungspotenzial der bestehenden interpersonalen Machtverteilung, das aus einer größeren Ressourcenausstattung und einem Einflussgewinn nach der Mandatsannahme resultieren kann. Aus dieser Perspektive würden Kandidaten also nach ihrer Integrationsfähigkeit in innerparteiliche Machtrelationen ausgewählt werden.

Individuelle, sich durch Subjektivität auszeichnende, machtstrategische Ziele der Selektoren verlieren jedoch mit der Zunahme der Selektorenanzahl und der dadurch ansteigenden Interessenheterogenität gegenüber den stärker konvergenten und auch stärker institutionell geformten kollektiven Gestaltungsabsichten an Einfluss bei Kandidatenaufstellungen. Kollektivziele unterscheiden sich voneinander in Abhängigkeit der zugeschriebenen und antizipier-

ten Zielstellungen der jeweiligen politischen Handlungsarena, auf der die individuellen Akteure agieren beziehungsweise zu der sie sich primär zugehörig fühlen (vgl. grundlegend Eldersveld 1964: 179, 224; Scharpf 2000: 112f.). Verschiedenheiten von Kandidatenaufstellungsergebnissen in Abhängigkeit der vertikal gegliederten Parteiarenen, bei denen diese herbeigeführt wurden (vgl. Borchert/Stolz 2003: 162; Schmitt/Wüst 2004: 323), könnten folglich auch durch voneinander abweichende Selektionskriterien erklärt werden.

Ausgehend von den bisherigen Überlegungen zur personalen Organisationswirklichkeit von Parteien lautet die zentrale, in den folgenden drei Absätzen näher zu begründende und zu spezifizierende Ausgangsthese: Parteien lassen sich – schematisch vereinfacht – in stärker und in schwächer anpassungsfähige und -bereite Gruppen unterteilen. Angemerkt sei, dass mit diesen beiden innerparteilichen Gruppenbegriffen analytische Unschärfe in Kauf genommen werden muss, insbesondere in Bezug auf Abgrenzung, Einschließung und mögliche Positionswechsel über die Zeit. Zu erstgenannter Gruppe sollen Parteieliten vor allem auf der Bundesebene gezählt werden. Nach dem Muster der „vertikalen Ämterkumulation“ (Herzog 1997: 312) sind diese zwar oftmals auch in untere Parteigremien eingebunden, jedoch liegt ihr parteipolitischer Aktivitätsschwerpunkt auf den höchsten Parteigliederungsebenen und ihr berufliches Tätigkeitsfeld in Fraktions- oder Regierungsämtern auf der Bundesebene oder auch in führenden Exekutivpositionen in den Bundesländern (Ministerpräsidenten). Diese Personen zeichnen sich durch ein hohes Niveau an Professionalität bei der Politikausübung aus. Ihre politisch-institutionellen und politisch-prozessualen Erfahrungswelten tragen zu umfangreichen und tiefgehenden Einsichten sowie zu einem stark ausgeprägten Problembewusstsein bezüglich der Erfordernisse politischen Handelns bei. Veränderungen ihrer Umwelt nehmen sie mit einer spezifischen kognitiven Aufnahme- und Verarbeitungskapazität auf.

Zur Gruppe der schwächer anpassungsfähigen und -bereiten Parteimitglieder sollen lokale und regionale Parteieliten oder -funktionäre wie auch ‚einfache‘ Parteimitglieder gezählt werden. Diese sind bei ihrer zumeist ehrenamtlichen und stärker amateurhaften parteipolitischen Aufgabenwahrnehmung und ihrer zumeist politikfernen beruflichen Tätigkeit seltener von der gestiegenen inhaltlichen, prozessualen und institutionellen Komplexität des Politischen betroffen. Da sie nur in äußerst geringem Maße Verantwortung für den Erfolg der Gesamtpartei tragen (können), ist auch ihre persönliche Betroffenheit von den Auswirkungen der Entscheidungen bei Kandidatenaufstellungen gering.

Bei den durch untere Parteieliten beziehungsweise Parteifunktionären dominierten Kandidatenaufstellungen werden vor allem Bewerber ausgewählt, die über Jahre hinweg politisches Kapital auf den unteren Parteigliederungsebenen akkumuliert haben. Dazu gehören Netzwerkeinbindungen, Verbundenheit und Loyalität gegenüber der lokalen und/oder regionalen Partei-

gliederung, deren Aufbau durch einen „kleinbürgerliche(n) Habitus“ (Hartmann 2004: 22) der Mandats-Interessenten erleichtert wird, und in möglichst vielen Ämtern sichtbar unter Beweis gestellte lokale Politikmanagementfähigkeiten (vgl. Wiesendahl 2006: 105f.). Dagegen streben obere Parteieliten bei Kandidatenaufstellungen stärker danach, die elektorale und die parlamentarische Wettbewerbsposition ihrer Partei gegenüber konkurrierenden Parteien aufrechtzuerhalten oder zu verbessern. Obere Parteieliten sind auch häufiger als ihre Pendanten auf der lokalen und regionalen Parteiarena bereit, Selektionskriterien an veränderte parteiexterne Rahmenbedingungen anzupassen. Konkret erwarten Erste neben der Fähigkeit zum Politikmanagement auf Bundes- oder supranationaler Ebene und ihnen entgegengebrachter Loyalität auch kommunikative, darstellerische und mediale Kompetenzen. Diejenigen Bewerber werden ausgewählt, die am geeignetsten zur Wahrnehmung der vielfältigen Aufgaben nicht nur in der (Bundes)Partei, sondern auch im Parlament und bei dessen Wahl sind.

Um bei Parlamentswahlen die Attraktivität der Kandidatenvorschläge zu erhöhen, insbesondere für junge und für weibliche Wähler, beziehen Selektoren der oberen Parteielite bei ihren Selektionsentscheidungen auch stärker geschlechtsspezifische Kriterien ein. Beispielsweise hatten führende Vertreter der Bundes-CDU gegen erhebliche Widerstände der Parteibasis und unterer Parteifunktionäre die Einführung des so genannten Frauenquorums nach einer über zehn Jahre währenden Diskussion 1996 durchgesetzt (vgl. Bösch 2002: 259; Davidson-Schmich 2006: 214). Entsprechen die Mandats-Interessenten aus der Partei nicht den Vorstellungen und Anforderungen der oberen Parteieliten, werden diese unter bestimmten Umständen auf Seiteneinsteiger zurückgreifen. Dagegen werden lokale Parteieliten eher an ‚eigenen‘ Bewerbern festhalten (vgl. gegensätzlich dazu: Hartmann 2007: 138). Obige Überlegungen zusammenfassend lautet die induktiv spezifizierte These also: Obere Parteieliten wählen Parlamentskandidaten eher nach der Außen-, untere dagegen eher nach der Binnenselektionsprämisse aus.

3. Analysemodell: Entscheidungsarenen, Akteurskonstellationen und Selektionsprämissen bei Bundestags- und Europa-Kandidatenaufstellungen

Um Auswahlmuster der beiden (konfligierenden) Gruppen (Selektoren der oberen und der unteren Parteielite) herauszuarbeiten, soll anknüpfend an neuere Systematisierungsansätze der Rekrutierungsforschung sowie diese weiterentwickelnd ein Modell zur Klassifizierung von Kandidatenaufstellungen nach strukturellen Verfahrensmerkmalen elaboriert werden (vgl. Rahat/Hazan 2001; Ware 1996). Modellkomponenten sind die drei dichotom vereinfach-

ten, aufeinander bezogenen, unabhängigen Variablen ‚Entscheidungsarena‘ (Ausprägungen ‚zentral‘ vs. ‚dezentral‘), ‚Elektorat‘ (Ausprägungen ‚inklusive‘ vs. ‚exklusiv‘) und ‚Selektorat‘ (Ausprägungen ‚obere Partieliten‘ vs. ‚untere Partieliten‘).

Mit der Festlegung des offiziellen Entscheidungsortes wird faktisch präjudiziert, wie viele und welche Parteimitglieder am Auswahlprozess als Elektoren und als Selektoren teilhaben. Generell gilt: je kleiner ein demokratischer Entscheidungsbereich ist, desto größer ist das Potenzial zur Partizipation (vgl. Dahl 2006: 59). Wenngleich zwischen der formalen Auswahl Ebene und dem elektoralen Beteiligungsumfang kein deterministischer Zusammenhang besteht (vgl. Lundell 2004: 30), lassen dezentrale Aufstellungsvorgänge gegenüber zentralen tendenziell die direkte und unmittelbare Beteiligung einer in der Summe größeren Zahl an formal Auswählenden zu. Dagegen ist das Elektorat auf zentraler Ebene häufig exklusiver als auf dezentraler, nicht zuletzt auch wegen organisationspraktischer Zwänge bei einer Effizienz anstrebenden Entscheidungsfindung. Sowohl bei dezentral-inklusive Aufstellungsprozeduren als auch bei zentral-exklusiven finden informale Vorklärungsprozesse zwischen Selektoren zumeist in intransparenten und formal nicht zuständigen ‚Zirkeln‘ statt (vgl. grundsätzlich Schüttemeyer/Sturm 2005: 545f.). Wegen der starken Prägung von Kandidatenaufstellungen durch informale Handlungen trägt eine schon etwas länger zurückliegende ländervergleichende Studie sogar den bildhaften Untertitel: „*The Secret Garden of Politics*“ (Gallagher/Marsh 1988). Idealtypisch vereinfacht verteilt sich tatsächliche Nominierungsmacht beziehungsweise das Ausmaß an Handlungsfreiheit der Selektoren bei den innerparteilichen Willensbildungsprozessen, ebenfalls beeinflusst vom Entscheidungsort, entweder stärker auf viele obere, eher lose miteinander verbundene Parteiführungsmitglieder oder auf wenige untere, in einer dichteren Beziehungsstruktur zueinander stehende Partieliten.

3.1 Entscheidungsarena

Kandidatenaufstellungen zu Europawahlen, die zum Typus der reinen Verhältniswahl gehören, bei der die Wähler über eine Stimme verfügen, die sie der starren Bewerberliste einer Partei geben, sind durch Zentralität der Aufstellungsebene gekennzeichnet. CDU und CSU stellen ihre Kandidaten dabei auf insgesamt 15 verbundenen beziehungsweise einer unverbundenen Landesliste auf; alle anderen Parteien auf jeweils einer Bundesliste. Bei Kandidatenaufstellungen zu Bundestagswahlen, die nach dem Verhältniswahlrecht mit Mehrheitswahlkomponente abgehalten werden und bei denen zwei Stimmen abgegeben werden können, werden Wahlkreis- und Landeslistenkandidaten nominiert. Bundestags-Kandidatenaufstellungen zeichnen sich

durch Dezentralität der maßgeblichen Entscheidungsarena aus, was im Folgenden gezeigt wird.

Zwischen Wahlkreis- und Listenaufstellungen bei Bundestagswahlen treten starke Interaktionseffekte auf, so dass Bundestags-Kandidatenaufstellungen als strukturell kombinierte Verfahren gelten können: Einerseits ist aus der Perspektive der auswählenden Personen eine Wahlkreisnominierung „eine zentrale, wenn nicht gar zwingende Voraussetzung“ (Schüttemeyer/Sturm 2005: 548) für eine Platzierung auf einem vorderen Listenplatz. Dementsprechend finden die Landeslistenaufstellungen regelmäßig auch erst nach den Wahlkreisnominierungen statt (vgl. Roberts 2002: 240) und Wahlkreiskandidaten befinden sich auf höheren Listenplätzen als solche ohne (vgl. Wüst et al. 2006: 423). Andererseits tragen – aus dem Blickfeld der Mandats-Interessenten betrachtet – aussichtsreiche Doppelnominierungen zur Reduktion von Unsicherheit über die eigene berufliche Zukunft im Bundestag bei. Selbst für die in ‚sicheren‘ Wahlkreisen nominierten Bewerber ist ein vorderer Listenplatz angesichts des volatileren Wahlverhaltens und der offeneren Parteienwettbewerbssituation von steigender Bedeutung.

Beiden Akteurssichtweisen entspricht, dass Kandidaten auf ‚sicheren‘ Listenplätzen fast durchgehend auch Wahlkreiskandidaten sind: Von den Bundestagsabgeordneten, die über die Landeslisten ihrer Parteien gewählt wurden, waren sowohl 1998 als auch 2002 94 Prozent parallel im Wahlkreis aufgestellt worden (vgl. Schüttemeyer/Sturm 2005: 548). Der Anteil der Doppelkandidaten unter allen Bundestagskandidaten, also Kandidaten mit einer Wahlkreis- und einer Listenplatznominierung, liegt im Betrachtungszeitraum bei minimal 38,6 Prozent (1980) und bei maximal 50,8 Prozent (1994) (siehe Tabelle 1). Der Interpretation dieser Werte, insbesondere im Hinblick auf Unterschiede zwischen den Parteien, ist voranzustellen, dass aus diesen nicht hervorgeht, auf welchen Plätzen der Landeslisten sich die Direktbewerber befunden haben. Jedenfalls ist der Anteil aller Doppelkandidaten bei den zwischen 1980 und 2005 abgehaltenen Bundestagswahlen bei der FDP mit 63,0 und der SPD mit 54,6 Prozent am höchsten sowie bei der CSU mit 24,0 Prozent und der Partei DIE LINKE mit 27,2 Prozent am niedrigsten. CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegen mit etwas unter 40 Prozent dazwischen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1: Prozentanteil der Doppelkandidaten unter allen Bundestagskandidaten, nach Parteien, 1980 bis 2005

	CDU	CSU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Gesamt
1980	27,5	16,9	46,4	30,5	55,1	-	38,6
1983	32,2	25,0	51,1	40,9	60,3	-	44,7
1987	36,3	26,9	48,6	37,2	68,8	-	46,2
1990	43,7	31,3	57,3	32,6	66,4	27,2	48,7
1994	46,3	31,9	60,3	39,9	68,9	34,9	50,8
1998	42,8	21,5	57,5	44,0	60,8	28,8	47,0
2002	43,1	22,8	55,2	40,8	58,8	32,2	46,1
2005	40,7	19,5	58,8	46,2	65,3	21,3	44,8
1980-2005	39,3	24,0	54,6	39,5	63,0	27,2	38,6

Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung; Datenbasis: Statistisches Bundesamt 2005c: 16f.

Dass der Interaktionseffekt zwischen Wahlkreis- und Landeslistenaufstellungen bei der CSU und der Partei DIE LINKE schwächer auszufallen scheint, hat unterschiedliche Ursachen. Grundsätzlich haben Wahlkreiskandidaten der kleineren Parteien historisch betrachtet bis auf wenige Ausnahmen⁹ keine Aussicht auf ein Bundestagsmandat. Wer bei diesen Parteien in den Bundestag einziehen will, strebt primär einen Listenplatz mit hoher Wahlchance an. Dagegen holt die das bayerische Parteiensystem nach wie vor dominierende CSU bei Bundestagswahlen bislang fast immer alle Direktmandate in Bayern, so dass allenfalls deren vorderste Listenplätze erfolgsversprechend sind.¹⁰ Da die kleineren Parteien verhältnismäßig wenig Mandate erringen, jedoch diese, um eine kontinuierliche personelle Präsenz in den Wahlkreisen zu demonstrieren und Wahlkampfaktivitäten vor Ort besser durchführen zu können, möglichst in allen Wahlkreisen ‚Zählkandidaten‘ aufstellen, fällt der Anteil ihrer Kandidaten, die ein Bundestagsmandat erringen, deutlich geringer als bei CDU, CSU und SPD aus (siehe Tabelle 2). Für Wahlkreisbewerber, die aus symbolischen, taktischen oder sonstigen, nicht auf den Mandatserwerb gerichteten, Beweggründen antreten, besteht kaum ein Anreiz, sich um einen der stärker umkämpften aussichtsreichen Landeslistenplätze zu bemühen.

⁹ Anzahl der Bundestagsdirektmandate nach Parteien (1980 bis 2005): FDP: 1990: 1; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: 2002: 1, 2005: 1; DIE LINKE: 1990: 1, 1994: 4, 1998: 4, 2002: 2, 2005: 3 (vgl. Statistisches Bundesamt 2005a: 62; Statistisches Bundesamt 2005b: 188f.).

¹⁰ Beispielsweise gewann die CSU bei der Bundestagswahl 2005 44 von insgesamt 45 in Bayern zu besetzenden Direkt- und nur zwei Landeslistenmandate (vgl. Statistisches Bundesamt 2005b: 188).

Tabelle 2: Prozentanteil der Kandidaten, die ein Bundestagsmandat errungen haben, nach Parteien, 1980 bis 2005

	CDU	CSU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE
1980	35,2	58,4	45,1	-	14,3	-
1983	41,5	73,6	42,0	8,5	9,6	-
1987	39,7	62,8	39,3	14,7	14,3	-
1990	50,3	76,1	43,8	2,7	18,3	9,8
1994	47,8	72,5	47,4	13,4	12,6	11,2
1998	37,9	59,5	53,9	11,5	10,5	10,8
2002	38,6	73,4	47,8	14,9	11,2	0,6
2005	35,2	52,9	45,3	13,9	15,1	11,1

Quellen: eigene Berechnungen und Darstellung; Datenbasis: Statistisches Bundesamt 2005a: 58, 61; Statistisches Bundesamt 2005b: 188f.; Statistisches Bundesamt 2005c: 16f.

3.2 Elektorat

Ein Vergleich der Anzahl der Aufstellungsversammlungen veranschaulicht, dass bei Bundestags-Kandidatenaufstellungen aufgrund des dezentralen Auswahlverfahrens sehr viel mehr Parteimitglieder als bei Europa-Kandidatenaufstellungen involviert sind. Bei der Bundestagswahl 2005 wurden insgesamt 1.484 Wahlkreis- und 80 Landeslistenversammlungen abgehalten, wohingegen die Kandidaten zur Europawahl 2004 auf 16 Landes- und 4 Bundesparteitag aufgestellt wurden (siehe Tabelle 3).

Tabelle 3: Anzahl der Aufstellungsversammlungen zur Bundestagswahl 2005 und zur Europawahl 2004, nach Parteien

	CDU	CSU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE	Gesamt
Bundestagswahl 2005							
Wahlkreisversammlungen	254	45	299	297	299	290	1.484
Landeslistenversammlungen	15	1	16	16	16	16	80
Insgesamt	269	46	315	313	315	306	1.564
Europawahl 2004							
Bundes- oder Landeslistenversammlungen	15	1	1	1	1	1	20

Anmerkungen: gezählt wurden alle Aufstellungsversammlungen, bei denen Kandidaten formell nominiert wurden, ohne Sondierungs- und Aushandlungsgremien horizontaler und vertikaler Parteigliederungen; Quelle: eigene Darstellung und Berechnung; Datenbasis: Statistisches Bundesamt 2005c: 16f.

Bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der Partei DIE LINKE werden die Wahlkreisandidaten für Bundestagswahlen in der Regel durch Mitgliederversammlungen gewählt. Bei den mitgliederstärkeren Parteien wird entweder häufiger das Mitglieder- oder aber das Vertreterprinzip praktiziert. SPD (überwiegend) und CSU (ausschließlich) machen von letztem sowie CDU mehrheitlich von erstem Gebrauch (vgl. Schüttemeyer/Sturm 2005: 542f.; für die CSU vgl. Satzung der CSU, Art. 31 Abs. 1). Listenkandidaten werden in allen Parteien bis auf wenige Ausnahmen wie in Stadtstaatenverbänden der GRÜNEN auf Delegiertenversammlungen nominiert. Vorsichtige Berechnungen beziffern den Anteil der Parteimitglieder, die sich an den Aufstellungen von Wahlkreisandidaten auf Mitglieder- und Delegiertenversammlungen zur Bundestagswahl 2002 beteiligt haben, auf deutlich über fünf Prozent (vgl. Schüttemeyer/Sturm 2005: 543). Tatsächlich dürfte der Anteil größer sein, auch, da die Delegierten auf den Landeslistenversammlungen nicht in diesen Berechnungen einbezogen wurden. Wird dennoch von fünf Prozent ausgegangen, stehen circa 85.000 Elektoren bei Bundestags-Kandidatenaufstellungen weniger als 6.000 Elektoren bei Europa-Kandidatenaufstellungen¹¹ gegenüber.

3.3 Selektorat

Mit der Entscheidungsarena und dem parteielektoralen Inklusionsgrad sind Einflusspotenziale der Selektoren bei Kandidatenaufstellungen assoziiert. Wie im vorherigen Abschnitt gezeigt wurde, entscheiden bei den dezentralen und inklusiveren Bundestags-Kandidatenaufstellungen *viele* ‚einfache‘ Parteimitglieder und Delegierte formal darüber, wer hohe Chancen hat, eines der 299 Direkt- und eines der mindestens 299 Listenmandate zu erzielen. Faktische Einflüsse gehen von *wenigen* lokalen Partieliten aus, zu denen in an erster Stelle Kreisvorsitzende und -vorstandsmitglieder gezählt werden (vgl. Schüttemeyer/Sturm 2005: 546). Parteivorstände auf Landes- oder Bundesebene haben dagegen keinen oder nur sehr begrenzten Einfluss auf die Auswahl der Direkt- aber auch der Landeslistenwahlbewerber, nicht zuletzt auch aufgrund des beschriebenen Interaktionseffekts zwischen Wahlkreis- und Listenaufstellungen (vgl. Zeuner 1969: 108; Poguntke 2001: 266).

Europa-Kandidatenaufstellungsversammlungen setzen sich aus Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten sowie Mitgliedern von Bundes-

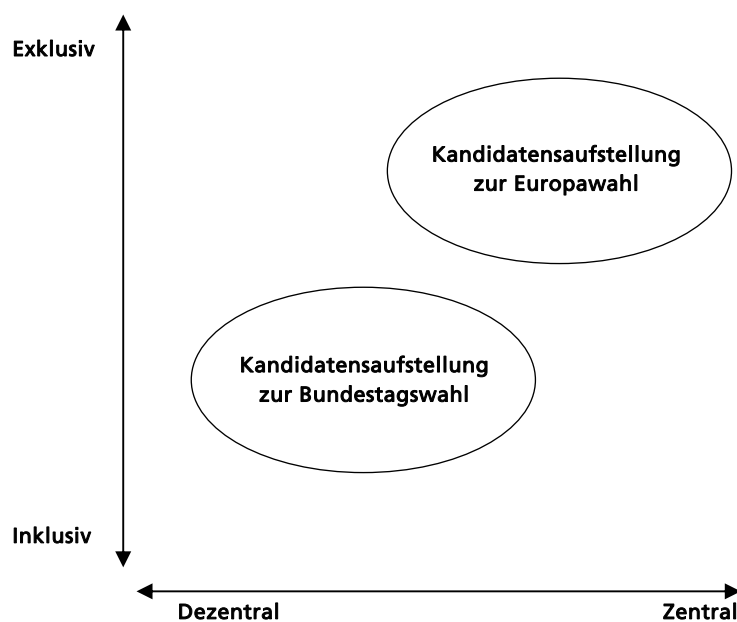
11 Dieser Näherungswert beruht auf Satzungsvorgaben und Auskünften der Parteien sowie Presseartikeln über Kandidatenaufstellungen zur Europawahl 2009. Mit 719 anwesenden und stimmberechtigten Delegierten war die Europa-Aufstellungsversammlung der GRÜNEN die größte und die der CDU Sachsen-Anhalt mit 98 die kleinste. Diese Daten wurden im Rahmen eines derzeit laufenden empirischen Forschungsprojekts zur Rekrutierung von Parlamentsabgeordneten in Deutschland erhoben.

Landes-, Bezirks- und Kreispartei vorständen zusammen.¹² Deren Delegierte werden in der Literatur deshalb auch zur „mittleren Führungsschicht“ (Schmitt/Niedermayer 1979: 485) einer Partei gezählt. Dass sich obere Parteiführungsmitglieder bei Europa-Kandidatenaufstellungen in einer strategisch günstigeren Entscheidungsposition befinden (vgl. auch Poguntke 2007: 119), ist auf den zentraleren und exklusiveren Verfahrenscharakter zurückzuführen. Gegenüber den Wahlkreis aufstellungen liegt eine größere geographische Streuung der Delegierten auf der beziehungsweise den höchsten Delegationsstufe(n) der Parteien vor. Verhandlungs- und Bündnisfähigkeit wie auch Kenntnisse über innerparteiliche Kräfteverhältnisse und geeignete beziehungsweise mehrheitsfähige Bewerber stärken Einfluss- und Handlungsmöglichkeiten der Selektoren aus der oberen Partielite.¹³ Die im Vorfeld der Nominierungsparteitage zwischen den Selektoren gebildeten komplexen und für Nichtbeteiligte kaum überschaubaren Arrangements zu einem Kandidatentableau beschneiden faktisch die Auswahlmöglichkeiten der Elektoren, was jedoch zumindest bei denen, die Parteiorganisationsrationalitäten internalisiert haben, unproblematisch zu sein scheint. Am größten ist der Einfluss nationaler Parteiführungen bei den kleineren Parteien, weil bei diesen personenbezogene Strukturkriterien wie ein Ausgleich nach Regionen aufgrund der wenigen erzielbaren Mandate kaum realisierbar ist und folglich vertikale aber auch horizontale Gliederungen der Partei weniger durchsetzungsstark Nominierungsansprüche geltend machen können. Evident ist, dass Europaviel stärker als Bundestags-Kandidatenaufstellungen formal durch *viele* mittlere und faktisch durch *wenige* obere Partieliten beeinflusst werden.

12 Diese Einschätzung basiert auf teilnehmenden Beobachtungen an Aufstellungsversammlungen zur Europawahl 2009. Zwar sind die „Europa-Delegierten“ dem Europawahlgesetz entsprechend separat durch die vertikalen Gliederungen der Parteien zu wählen, jedoch weicht deren Zusammensetzung nur unwesentlich von der der „regulären“ Bundes- beziehungsweise Landesparteitage ab (vgl. auch den älteren Befund bei Schmitt/Niedermayer 1979: 485).

13 Da sich Parteien in demokratischen politischen Systemen in der Regel durch eine binnenorganisatorische Machtaufteilung kennzeichnen, können obere Partieliten gegen die Interessen einflussreicher unterer Parteigliederungen oder horizontaler innerparteilicher Gruppierungen keine Kandidatenlisten nach eigenem „Gutdünken“ durchsetzen, ohne in letzter Konsequenz den Zusammenhalt der Partei zu riskieren. Jedoch können sie während des Austarierens der Selektionsinteressen wichtiger innerparteilicher Kräfte zum Beispiel bestimmte Kandidaten protegieren und Personalpakete schnüren.

Abbildung 1: Strukturmuster von Bundestags- und Europa-Kandidatenaufstellungen (Elektorat und Entscheidungsarena)



Quelle: eigene Darstellung, angelehnt an: Rahat/Hazan 2001.

3.4 Hypothetische Auswirkungen auf Selektionsprämissen

Typologisch verkürzt sind EP- im Vergleich zu Bundestags-Kandidatenaufstellungen exklusiver, sie tendieren auf dem Kontinuum zwischen den Polen ‚dezentral‘ und ‚zentral‘ stärker zur Zentralität und oberen Partieliten kommen die stärksten Einflusspotenziale zu (siehe Abbildung 1). *Summa summarum* bilden diese drei Eigenschaften der Europa-Kandidatenaufstellungen die wichtigsten Bestandteile einer Verteilungsstruktur, die ein hohes Professionalisierungspotenzial bietet beziehungsweise eine Selektion nach der Außenselektionsprämisse stimuliert. Dezentralere, inklusivere und stärker durch lokale Partieliten beeinflusste Bundestags-Bewerbaufstellungen formen hingegen eine Verteilungsstruktur, die sich durch ein geringes Professionalisierungspotenzial beziehungsweise „nach innen gerichtete[n]“ (Schultze 1977: 306) Selektionsmechanismen auszeichnet.

Der bei Bundestags-Kandidatenaufstellungen stärker ausgeprägte Binnenbezug lässt sich durch die beiden missglückten Nominierungsvorhaben

des überregional bekannten sowie parlamentarisch und medial erfahrenen ehemaligen GRÜNEN-Bundestagsabgeordneten Oswald Metzger in den CDU-Wahlkreisen Bodensee und Biberach für die Bundestagswahl 2009 illustrieren. Metzgers schicksalsergebenes Fazit dazu: „Parteien ticken anders als die Bevölkerung“ (Das Parlament, 07.07.2008, S. 1) wäre folglich zu modifizieren in: Parteimitglieder an der Basis und lokale Parteifunktionäre verfolgen und setzen andere Selektionsinteressen durch als Mitglieder der nationalen Parteiführung. Ein Beispiel für genutzte Einflusschancen oberer Parteieliten im Hinblick auf die elektorale Außenselektionsprämisse ist die Nominierung des Reiseunternehmers Vural Öger auf einem vorderen Listenplatz der SPD zur Europawahl 2004. Auf Betreiben Gerhard Schröders sollte damit trotz Widerständen von Ögers Hamburger Landesverband ein Wählersignal gesetzt werden, insbesondere für türkischstämmige Migranten (vgl. Niedermayer 2005: 44).

4. Empirische Analyse

4.1 Gelegenheitsstrukturen

Gelegenheitsstrukturen sind eine wichtige erklärende Variable für das Verhalten von auswählenden Personen und Kandidatur-Interessenten bei Kandidatenaufstellungen. Zu den Gelegenheitsstrukturen gehört insbesondere der Anteil der Mandate, der nach einer Wahl personell neu besetzt wird (vgl. Norris/Lovenduski 1997: 164). Je höher die Wiederwahlquote der Abgeordneten ist, desto geringer sind faktisch die Einflussmöglichkeiten von Elektoren und Selektoren sowie die Aufstellungschancen von neuen Mandats-Interessenten. Wie groß das Angebot an vakanten Parlamentssitzen bei einer Wahl im Betrachtungszeitraum ausgefallen ist, ist der Tabelle 4 zu entnehmen. Demnach bestehen prozentual höhere Eintrittschancen für das Europäische Parlament. Jedoch hat sich der Anteil der neugewählten Europaabgeordneten seit 1994 fast halbiert, und er liegt seitdem bei einem Prozentwert von circa einem Drittel.

Tabelle 4: Anteil und Anzahl der neu gewählten Abgeordneten, 1983/1984 bis 2005/2004

	1983/1984 in % (absolut)	1990/1989 in % (absolut)	1994/1994 in % (absolut)	1998/1999 in % (absolut)	2005/2004 in % (absolut)
Deutscher Bundestag	17,7 (91)	35,5 (235)	30,2 (203)	24,8 (166)	23,0 (141)
Europäisches Parlament	39,5 (32)	49,4 (40)	60,6 (60)	32,3 (32)	33,3 (33)

Anmerkungen: Einbezogen wurden nur die Abgeordneten, die zu Beginn einer Legislaturperiode erstmals in das Parlament gewählt wurden (zur Methodik vgl. Feldkamp/Ströbele 2005: 153). Der Betrachtungszeitraum für das EP beginnt nicht bei der ersten Direktwahl 1979, da die Europaabgeordneten zuvor nicht auf Parteitage nominiert und durch das wahlberechtigte Volk gewählt, sondern aus der Mitte des Deutschen Bundestages beziehungsweise des Abgeordnetenhauses Berlin entsandt worden waren (anderes Rekrutierungsverfahren). Die jeweils größten Neuenanteile wurden bei der Bundestagswahl 1990 und bei der Europawahl 1994 erreicht. Beide Höchstwerte sind vor allem durch den Anteil der Abgeordneten aus den neuen Bundesländern zu erklären, die erstmalig in beide Parlamente eingezogen waren. (Weitere) Gründe für den Spitzenwert bei der Europawahl 1994 sind die nach der Deutschen Einigung von 81 auf 99 erhöhte Mandatsanzahl und der gescheiterte Wiedereinzug der Republikaner, die bei der Europawahl 1989 sechs Mandate erzielt hatten. Für die Europawahlen 1999 und 2004 ist der gegenüber Bundestagswahlen größere Neuenanteil auch darauf zurückzuführen, dass die PDS 1999 erstmalig den Einzug mit sechs Mandaten realisieren konnte und die FDP nach einer Auszeit von zwei Legislaturperioden 2004 mit sieben Mandaten wieder vertreten war;

Quellen: EP: eigene Berechnungen auf Basis von Angaben des Bundeswahlleiters; BT: Angaben des Deutschen Bundestages, Parlamentsarchiv (vgl. auch Feldkamp/Ströbele 2005: 153; Schindler 1999: 581).

Was bedeutet die gestiegene Kontinuität der personellen Zusammensetzung der beiden Abgeordnetengruppen bei gleichzeitig zugenommener Volatilität bei Wahlen für die innerparteilichen Kandidatenselektionen? Ausgehend von der Außenselektionsprämisse könnte dies darauf hindeuten, dass die Qualifikationen, die beim Ausüben eines Parlamentsmandats erworben werden, durch die auswählenden Personen als zunehmend wichtig erachtet werden. Dieser Erklärungsansatz würde mit Professionalisierungsansätzen übereinstimmen, dass das Potenzial der Abgeordneten zur sachgerechten parlamentarischen Politikausübung steigt, je länger ihre durchschnittliche Verweildauer im Parlament ist (vgl. Best et al. 2000: 183-185). Der Binnenselektionsprämisse entsprechend ließe sich diese Entwicklung so interpretieren, dass Abgeordnete ihren Einfluss in der Partei, nicht zuletzt gestützt auf ihre parlamentarischen Sach- und Personalressourcen, zunehmend erfolgreich für ihre Wiederaufstellung nutzen und damit zur Minderung der Ergebnisoffenheit der Nominierungsvorgänge beitragen. Aus dieser Perspektive wären bessere relative Zugangschancen zu einem Europamandat darauf zurückzuführen, dass eine Dominanz der Abgeordneten im Aufstellungsprozess, wie sie für

Bundestags-Kandidatenaufstellungen im Wahlkreis typisch ist,¹⁴ in geringerem Ausmaß bei Europa-Kandidatenaufstellungen gegeben ist. Gründe dafür sind vor allem eine schärfere Wettbewerbssituation und eine größere Anzahl an Selektoren aus der oberen Partielite.

Tabelle 5 zeigt, dass die sinkenden Parlamentseintrittschancen keinen gleichgerichteten Effekt auf die Kandidaten-Mandats-Relation haben: Bei Europawahlen gehen die Bewerberzahlen zurück, währenddessen die zu Bundestagswahlen seit 1990 behutsam steigen. Jedoch ist die Anzahl der Kandidaten, die auf ein Mandat kommen, bei Europawahlen im gesamten Betrachtungszeitraum größer. Das könnte bedeuten, dass Selektionsbarrieren, die für eine Europa-Kandidatur überwunden werden müssen, niedriger sind und/oder die Motivation für eine Europa- größer als für eine Bundestags-Kandidatur ist.

Tabelle 5: Anzahl der Kandidaten pro Abgeordneten, 1980/1979 bis 2005/2004

	BT	EP	BT	EP	BT	EP	BT	EP	BT	EP	BT	EP
Wahljahr	19 80	19 79	19 83	19 84	19 90	19 89	19 94	19 94	19 98	19 99	20 05	20 04
Kand. pro Abg.	3,5	7,6	3,3	7,0	3,1	7,1	3,2	6,2	3,4	5,5	3,8	6,1
Differenz	4,1		3,7		4,0		3,0		2,1		2,3	

Anmerkungen: inklusive EP-Ersatzkandidaten (auch ohne EP-Ersatzkandidaten kommen auf einen Europaabgeordneten zu jedem Betrachtungszeitpunkt mehr Kandidaten als auf einen Bundestagsabgeordneten);

Quelle: eigener Datensatz auf Basis von Angaben des Bundeswahlleiters.

4.2 Geschlechtsspezifische Selektionseffekte

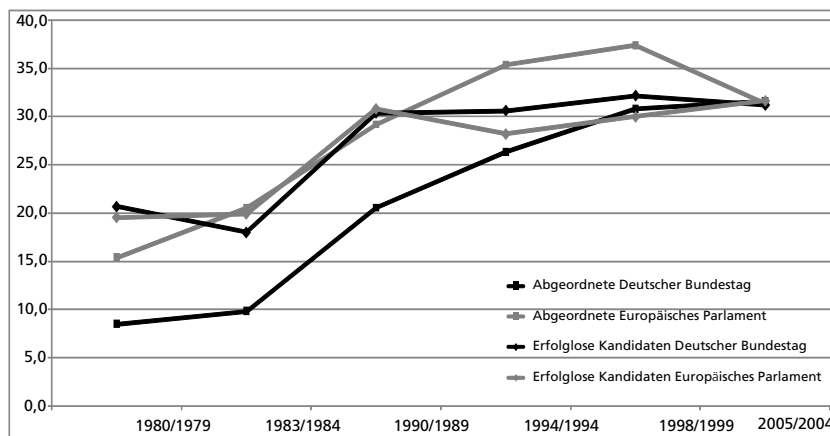
Zur Erklärung der Unterrepräsentation von Frauen in Parlamenten können mehrere Ansätze herangezogen werden, wobei diese hier verallgemeinernd in Selbst- und Fremdausschließungen von Frauen unterteilt werden sollen. Kulturtraditionalistische Erklärungen können zu ersteren gezählt werden. Diese argumentieren mit einem traditionellen Rollenverhalten der Frauen, wozu beispielsweise deren Bereitschaft gehöre, Ambition und Motivation bezüglich einer beruflich betriebenen politischen Karriere zugunsten der Familie zurückzustellen (vgl. Lawless/Fox 2005; Kinzig 2007: 101-152). Dagegen sind Fremdausschließungen Diskriminierungen von Frauen durch auswäh-

¹⁴ Auf knapp 62 Prozent der Nominierungsversammlungen von Direktwahlbewerbern von CDU und SPD zur Bundestagswahl 2002 gab es nur einen Bewerber. Bei den kleineren Parteien war der Anteil der ‚wettbewerbsfreien‘ Bewerberaufstellungen noch größer (vgl. Schüttemeyer/Sturm 2005: 547f.).

lende Personen. Hier wird nun untersucht, welche Auswirkungen die beiden Verteilungsstrukturen auf die Repräsentation von Frauen haben.

Die Kurven der Abbildung 2 zeigen, dass Frauen immer häufiger für eines der beiden Parlamente kandidieren und dabei auch zunehmend erfolgreich sind. Hier zeigt sich auch, dass dem Anteil von Frauen unter den Bewerbern Erklärungswert für ihren Anteil unter den Abgeordneten zukommt (vgl. Christmas-Best/Kjær 2007: 104): Sowohl im Bundestag als auch in der deutschen Gruppe des Europäischen Parlaments steigt der Frauenanteil nahezu analog zu dem der (erfolglosen) Kandidaten (siehe Abbildung 2). Seit 1998/1999 gleichen sich die Frauenanteile aller betrachteten Gruppen bei einem Wert von circa einem Drittel an. Wie eine erneute Betrachtung der Abbildung 2 zudem deutlich macht, ist die für Frauen negative Selektion nach Geschlecht bei Bundestags-Kandidatenaufstellungen größer: Der Frauenanteil unter den erfolgreichen Bundestagskandidaten ist deutlich geringer als unter den nicht erfolgreichen. Dagegen fällt der Frauenanteil unter den EU-Abgeordneten im gesamten Untersuchungszeitraum zum einen immer größer als der im Bundestag aus (1983/1984 10,7 Prozentpunkte) und zum anderen werden bei den Europa-Kandidatenaufstellungen 1984 und noch deutlicher ersichtlich bei den Wahlen 1994 sowie 1999 Frauen positiv diskriminiert.

Abbildung 2: Geschlechtsspezifische Selektionseffekte, Prozentanteil weiblicher Personen, 1980/1979 bis 2005/2004



Anmerkung: ohne EP-Ersatzkandidaten; Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung; eigener Datensatz auf Basis von Angaben des Bundeswahlleiters.

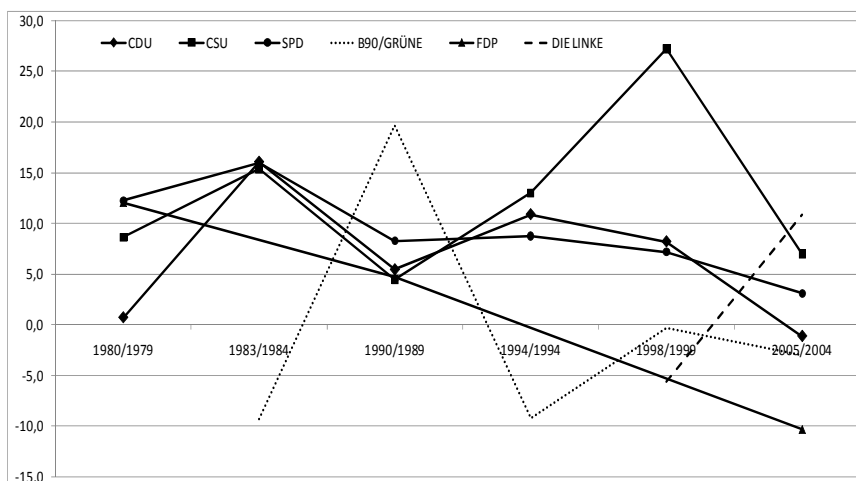
Die besseren Durchsetzungschancen von Frauen bei Europa-Kandidatenaufstellungen haben mehrere Ursachen: Zum einen fällt in Verhältniswahlsystemen der Frauenanteil in Parlamenten tendenziell größer als in Mehrheits-

wahlsystemen mit Ein-Mann-Wahlkreisen aus (vgl. Dahlerup 2006). So können bei den Aufstellungen der Direktkandidaten zu Bundestagswahlen keine Quotenvorgaben zur Erhöhung des Anteils der Frauen verabschiedet werden, ohne die autonome Nominierungszuständigkeit der lokalen/regionalen Parteigliederungsebenen zu verletzen. Zum anderen indizieren Studien einen negativen Zusammenhang zwischen inklusiven (innerparteilichen) Elektoraten und den Repräsentationschancen von Frauen (vgl. Rahat 2009: 73; Caul 1999: 80f.; Rahat et al. 2008: 672f.).

Bei den Europa-Listenaufstellungen wird durch so genanntes *ticket-balancing* zwischen verschiedenen Bewerbergruppen auf einer Liste ausgeglichen. Dies geschieht entweder in einer formalisierten Form, beispielsweise durch satzungs- oder statutenrechtlich implementierte (Frauen)quoten, die jedoch aus juristischer Perspektive in Konflikt zur freien Wahlentscheidung der Delegierten auf den Aufstellungsversammlungen gesehen werden (vgl. Ipsen 2008: 152), oder aber durch informales Handeln, vor allem der Selektoren. Frauenquoten allein können jedoch die Erhöhung des Frauenanteils unter den Europaabgeordneten nicht gänzlich erklären, denn dieser ist zwischen der Europawahl im Jahr 1999 und der im Jahr 2004 zurückgegangen (siehe Abbildung 2). Da das Wahlrecht, parteispezifische Regelungen zu Geschlechterquotierungen und die Anzahl der Kandidatinnen weitestgehend unverändert geblieben sind, müssen nichtstrukturelle Selektionseinflüsse, also Selektionsentscheidungen, die Ursache sein.

Abbildung 3 zeigt, dass der Frauenanteil unter den Europaabgeordneten nach Parteien betrachtet zu fast jedem Vergleichspunkt größer als der der Bundestagsabgeordneten ausfällt. Die Kurvenverläufe bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE, die seit 1986 beziehungsweise 1990 ihre Kandidaten nach paritätischen Frauenquoten aufstellen, sind vor allem auf ihre sehr geringen Anzahlen an Europaabgeordneten zurückzuführen. Bei der SPD, die seit 1988 Gremien- und seit 1990 Listenplätze für Frauen quotiert (1990: 25; 1994: 33,3; seit 1998: 40 Prozent; vgl. Kinzig 2007: 169), und bei der CDU werden fast durchgehend prozentual mehr Frauen bei Europa- als bei Bundestagswahlen erfolgreich aufgestellt. Bei den beiden Parteien ohne Frauenquote liegen gegensätzliche Entwicklungen vor: Die CSU realisiert im gesamten Betrachtungszeitraum einen deutlich größeren Frauenanteil unter ihren Europaabgeordneten, der 1998/1999 sogar um über 27 Prozentpunkte größer ausfällt. Hingegen ist der Frauenanteil unter den Europaabgeordneten der FDP geringer als bei der CSU und es liegt zuletzt die verglichen mit allen anderen Parteien größte negative Differenz vor. Festgehalten werden kann somit, dass Frauen auch ohne das Vorhandensein von innerparteilichen Quotenregelungen bei Europa-Kandidatenaufstellungen bessere relative Chancen haben, aussichtsreich aufgestellt zu werden als bei Bundestags-Kandidatenaufstellungen. Die zentrale Ursache dafür dürfte der höhere Einfluss nationaler Parteieliten bei der Nominierung der Europakandidaten sein.

Abbildung 3: Prozentpunktdifferenz zwischen dem Anteil weiblicher Bundestags- und Europaabgeordneter, nach Parteien, 1980/1979 bis 2005/2004



Quelle: eigene Berechnungen und Darstellung; eigener Datensatz auf Basis von Angaben des Bundeswahlleiters.

4.3 Altersspezifische Selektionseffekte

In der Publizistik und zum Teil auch in der Wissenschaft ist die Annahme verbreitet, dass bei Kandidatenaufstellungen zu Europawahlen (gezielt) Bewerber ausgewählt werden, die den Zenit ihrer bundes- oder auch landespolitischen Karriere überschritten haben, um deren Verdienste in und um die Partei zu würdigen (vgl. Süddeutsche Zeitung, 04.06.2009, S. 10; Hartmann 2007: 197). Im impliziten Umkehrschluss würden sich für Sitze im Deutschen Bundestag nur die besten, fähigsten und leistungsstärksten Politiker durchsetzen. Bis heute ist der Ausspruch „Hast Du einen Opa, dann schick‘ ihn nach Europa“¹⁵, mit dem das Rekrutierungsgeschehen zum Europäischen

15 Wo dieser Spottvers herrührt beziehungsweise wer ihn zuerst gebraucht hat, kann nicht zweifelsfrei rekonstruiert werden. Vermutet wird, dass Mitglieder der Nachwuchsorganisation der CDU, die Junge Union, damit die ‚Vergabe‘ von Europamandaten in ihrer Mutterpartei kritisiert haben (vgl. Süddeutsche Zeitung, 04.06.2009, S. 10). Wahrscheinlicher ist jedoch, dass er schon zu Beginn der 1970er Jahre gefallen ist, als aus der Mitte des Bundestages Vertreter in das Europäische Parlament entsandt wurden, „die aufgrund ihrer fachlich-beruflichen Qualifikation und ihres Parlaments-, Partei- oder sonstigen politischen Status‘ für die nationale Fraktionsarbeit“ (Reichel 1974: 37f.) entbehrlich erschienen. Auch noch im ersten direkt gewählten Europäischen Parlament war der Anteil von ‚gestandenen‘ Poli-

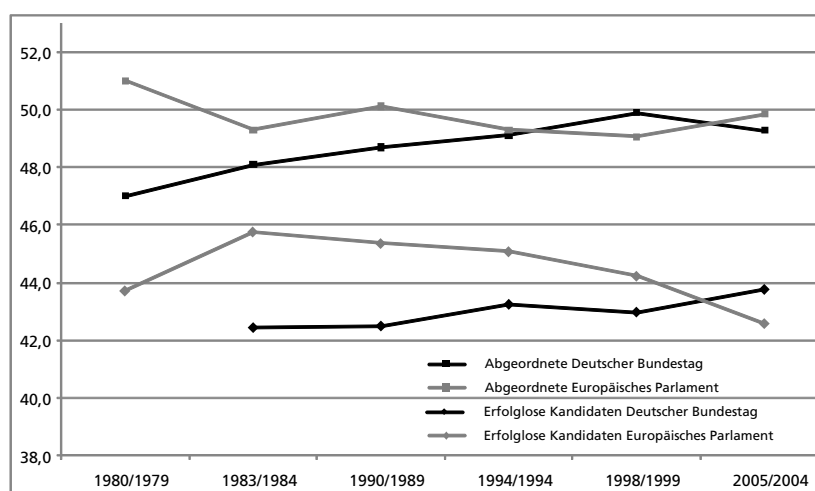
Parlament und seinen Vorläuferorganisationen gelegentlich spöttisch begleitet wird, in den Parteien und der ‚informierten‘ Öffentlichkeit präsent. Wenn also nach Seniorität selektiert wird, dann müsste das Alter der Bundestagsabgeordneten folglich niedriger als das der Europaabgeordneten ausfallen.

Tatsächlich waren die Europaabgeordneten bis Ende der 1980er Jahre im Mittel älter als ihre Kollegen in Bonn, seitdem hat sich die Altersstruktur jedoch von beiden Seiten her angeglichen und verharrt bei durchschnittlich etwas weniger als 50 Jahren (siehe Abbildung 4). Beim Alter der beiden erfolglosen Bewerbergruppen liegt eine diametrale Entwicklung vor: Während das Durchschnittsalter der Europabewerber seit 1984 kontinuierlich sinkt, steigt das der Bundestagsbewerber im selben Zeitraum, wenn auch in geringerem Ausmaß. Zunehmend streben also jüngere Bewerber einen EP-Listenplatz an, ohne jedoch bessere Chancen auf ein Mandat zu erhalten, wie die Entwicklung des gemittelten Alters der Europaabgeordneten zeigt.

Differenzen im Altersdurchschnitt von bis zu ungefähr sieben Jahren zwischen erfolglosen Kandidaten einerseits und Abgeordneten andererseits deuten darauf hin, dass über längere Zeit akkumuliertes politisches Kapital sowohl bei Bundestags- als auch bei Europa-Kandidatenaufstellungen ein wichtiges Selektionskriterium ist. Politisches Kapital wird bei der so genannten Ochsentour oder bei einem innerparteilichen *cursus honorum*, wie es Anton Pelinka (1979: 52) in Anlehnung an die Ämterlaufbahn im Römischen Reich ausdrückt, aufgebaut. Gemeint ist damit der Jahre währende schrittweise politische ‚Aufstieg‘ eines Parteimitglieds, der idealtypisch mit einem ehrenamtlichen lokal- und jugendparteiorganisationspolitischen Engagement beginnt und zur beruflich ausgeübten Politik führt. Bei der beharrlichen politischen Tätigkeit in und für die Partei werden jedoch nicht nur Politikmanagementfähigkeiten erworben, sondern auch das reziproke Vertrauensverhältnis zwischen (potenziell) auswählenden Personen und Parlamentskandidaten innerhalb innerparteilicher Netzwerke auf- und ausgebaut. Durch die dabei demonstrierte beziehungsweise unter Beweis gestellte parteipolitische Loyalität und Zuverlässigkeit werden Transaktionskosten bei der Selektion gesenkt und die Wahrscheinlichkeit von Fehlrekrutierungen reduziert (vgl. Solvang 1982: 166).

tikern hoch: 40 von 81 deutschen Europaabgeordneten waren gleichzeitig oder zuvor auch Mitglied des Deutschen Bundestages, eines Landesparlaments oder hatten eine herausgehobene exekutive Position in der Bundesrepublik Deutschland eingenommen, beispielsweise als Ministerpräsident (vgl. Statistisches Bundesamt 1980: 49).

Abbildung 4: Altersspezifische Selektionseffekte, 1980/1979 bis 2005/2004



Anmerkungen: ohne EP-Ersatzkandidaten; wegen nicht verfügbarer Daten keine Berechnung des Altersdurchschnitts der erfolgreichen Kandidaten zur Bundestagswahl 1980; *Quelle:* eigene Berechnungen und Darstellung, eigener Datensatz auf Basis von Angaben des Bundeswahlleiters.

Europabewerber bauen ihr politisches Kapital nach einem grundsätzlich ähnlichen Muster, aber innerhalb eines größeren ‚politisch-geografischen Aktionsradius‘ aus. Dafür muss mindestens genauso viel, wenn nicht sogar mehr Zeit und Aktivität als bei einer (langfristig) angestrebten Wahlkreis kandidatur investiert werden. Das kann eine Mitarbeit in Gliederungen zur Steuerung der Landes- oder der Bundespartei oder auch die Übernahme von Sprecher- oder Chefpositionen in Parteigremien mit europapolitischen Schwerpunktsetzungen sein. So nehmen EP-Abgeordnete seltener als die des Bundestages oder der Landesparlamente lokale Parteiämter und lokale Mandate wahr. Stattdessen konzentrieren sie sich auf überregionale Parteipositionen und geben häufiger als Bundestagsabgeordnete an, wegen ihrer speziellen Kenntnisse und ihres Expertenwissens nominiert worden zu sein (vgl. Best/Jahr 2006: 71-73).

Das allmähliche Sinken des Durchschnittsalters der Europaabgeordneten kann also als eine graduelle Abkehr vom Aufstellungsmuster nach dem Versorgungs- und Anerkennungsprinzip interpretiert werden. Spätestens seit Anfang der 1990er Jahre finden sich keine Hinweise mehr, dass die Plätze im Europäischen Parlament nach diesem anfänglich vorherrschenden Muster ‚vergeben‘ werden. Ursache für die einst gängige Praxis war die Koinzidenz aus dem großen Einfluss der oberen Parteieliten bei den Europa-

Kandidatenaufstellungen und der geringen politischen Machtfülle des Europaparlaments. Zwar sind Parteien in der Lage, in begrenztem Umfang „Aufgangspositionen für [...] Abgänger“ (von Beyme 1993: 121) zu schaffen, jedoch zeigen neuere Untersuchungen, dass abgewählte oder nicht wieder aufgestellte Abgeordnete trotz ihrer zumeist dichten Verbindungen zur Parteibasis und zu Parteiführungspersonen nur in Ausnahmefällen derartig unterstützt werden (vgl. Kreiner 2006: 133f.). Auch kommt der „Übernahme von Funktionen in der europäischen Politik [...] Seltenheitswert“ (Edinger/Schwarz 2009: 21) zu.

4.4 Berufsspezifische Selektionseffekte

Qualifikationen für den Beruf der Politik werden in Deutschland primär durch autodidaktische Lernprozesse in den als Sozialisations- und Qualifizierungsinstitutionen wirkenden Parteien erworben. Ein spezifisches Hochschulstudium, das Aspiranten auf die Aufgaben des Politikbetriebs vorbereitet, existiert, anders als etwa in Frankreich, nicht (vgl. Priddat 2006: 54). Dennoch ist der Blick auf die (einst ausgeübten) Berufe von Kandidaten und Abgeordneten lohnenswert, weil bestimmte Berufe in einer „funktionale(n) Äquivalenz“ (Herzog 1975: 95) zu politischen oder parlamentarischen beruflichen Tätigkeitsfeldern stehen. Deshalb werden im Folgenden aus der vor oder bei der Übernahme eines Mandats oder einer Kandidatur ausgeübten beruflichen Tätigkeit Rückschlüsse auf Selektionskriterien gezogen.

Die größten Potenziale zur Maximierung des rekrutierungsrelevanten politischen Kapitals, also die – wie weiter oben bereits ausgeführt – für das politische Handeln in Parteien und Parlamenten erforderlichen Qualifikationen, Netzwerke, Kenntnisse und Fertigkeiten, bieten politische Berufe. Dazu gehören Positionen oder Mandate in der Partei-, der Fraktionsadministration, der Regierung und im Parlament. In geringerer Intensität wird die Ausbildung politischen Kapitals durch funktional-äquivalente Berufe ermöglicht. Bei diesen, auch als politiknah zu bezeichnenden Berufen nehmen die Kommunikation und das Aushandeln von Interessen viel Raum ein. Dazu zählen vor allem Berufe in Verbänden und Gewerkschaften, also in Organisationen an den intermediären Schnittstellen eines politischen Systems. Zwar kann politisches Kapital bis zu einem gewissen Grade auch während des Ausübens politikferner Berufe, nämlich durch ein ehrenamtliches Parteiengagement erworben werden, jedoch sind die dabei entstehenden individuellen Kosten zur nominierungsadäquaten Qualifizierung um ein Vielfaches höher als bei politischen und politiknahen Berufen. Politische Berufe maximieren also die Möglichkeiten zum politischen Kapitalaufbau, während sie die dafür erforderlichen Kosten minimieren.

Der im Datensatz am häufigsten vorkommende Berufssektor ist die Kategorie: ‚Abgeordnete und administrativ entscheidende Berufstätige‘ (siehe

Tabellen 6 und 7).¹⁶ Dazu gehören Mandatäre, Minister, Wahlbeamte (inklusive Stadträte), Verbandsleiter, Funktionäre, Verwaltungsfachleute des höheren und gehobenen Dienstes (vgl. Statistisches Bundesamt 1992: 49). Das bedeutet, dass politische und politiknahe Berufe den größten Anteil unter Kandidaten und Abgeordneten bilden. Es folgen, zum Teil mit deutlichem Abstand, die politikfernen Berufssektoren: ‚Büroberufe, Kaufmännische Angestellte‘, ‚Geistes- und Naturwissenschaftliche Berufe‘, ‚Lehrerinnen und Lehrer‘ sowie ‚Berufe im Rechts- und Vollstreckungswesen‘. 2005/2004 sind circa drei Viertel aller Kandidaten und Abgeordneten einem dieser fünf Berufssektoren zuzurechnen.

Tabelle 6: Berufsspezifische Selektionseffekte bei Bundestags-Kandidatenaufstellungen, Angaben in Prozent, 1983 und 2005

	1983			2005		
	Alle Kand.	Erfogl. Kand.	MdB	Alle Kand.	Erfogl. Kand.	MdB
Abgeordnete und admin. entscheidende Berufstätige	20,4	10,3	44,3	29,3	19,7	56,4
Büroberufe, Kaufmännische Angestellte	9,7	11,9	4,4	11,6	14,8	2,6
Geistes- und Naturwissenschaftliche Berufe	7,0	7,5	6,0	14,4	16,0	9,9
Lehrerinnen und Lehrer	14,2	16,2	9,5	9,4	11,3	4,1
Berufe im Rechts- und Vollstreckungswesen	7,3	6,4	9,3	10,8	11,3	9,4
Insgesamt	58,6	52,3	73,4	75,5	73,0	82,4

Anmerkungen: ohne EP-Ersatzkandidaten; MdB = Mitglied des Deutschen Bundestages, Kand. = Kandidaten; *Quelle:* eigene Berechnungen, eigener Datensatz auf Basis von Angaben des Bundeswahlleiters.

¹⁶ Angaben zur Berufsstruktur von Kandidaten und Abgeordneten basieren auf deren Selbstauskünften und liegen hier nach der Klassifizierung des Statistischen Bundesamtes vor (vgl. Statistisches Bundesamt 1992). Folgende aus der Erfassungsmethode resultierende Einschränkungen der Datengüte sind bei der Interpretation zu berücksichtigen: Zum einen können Kandidaten, die bereits Abgeordnete sind, ihre Mandatstätigkeit oder aber einen gelernten beziehungsweise früher ausgeübten Beruf angeben. Zum anderen können Veränderungen der prozentualen Anteile bestimmter Berufsgruppen auch auf Wandlungen des beruflichen Selbstverständnisses, insbesondere bei politischen Berufen, zurückzuführen sein. Da diese Einschränkungen der Datenobjektivität jedoch gleichermaßen für Bundestags- als auch für Europa-Kandidatenaufstellungen zutreffen, sind sie hier von untergeordnetem Belang.

Wie durch einen Vergleich der erfolglosen Kandidaten mit den Abgeordneten ersichtlich wird, erfahren fast ausschließlich Bewerber aus politiknahen oder politischen Betätigungsfeldern positive Diskriminierungen. Diese Beobachtung gilt für beide Verteilungsstrukturen. Ihr bereits hoher Anteil unter den Abgeordneten nimmt innerhalb von circa 20 Jahren in beiden ‚Parlamenten‘ sogar noch deutlich zu und liegt 2004/2005 bei über 55 Prozent. Somit legen sowohl die Unterschiede zwischen erfolglosen und erfolgreichen Bewerbern als auch der sich vergrößernde Abstand zu anderen Berufsgruppen den Schluss nahe, dass politische und politiknahe Berufe das zentrale und sogar an Bedeutung gewinnende Rekrutierungsfeld sowohl bei Bundestags- als auch bei Europa-Kandidatenaufstellungen sind.¹⁷

Obwohl in der Literatur häufig betont wird, dass für bestimmte, eher politikferne Berufe/Versorgungskategorien, wie etwa Lehrer, Anwälte oder Beamte beziehungsweise Angestellte im Öffentlichen Dienst, eine Mandatsübernahme außerordentlich attraktiv sei und sich diese gegenüber ihren Mitbewerbern in einer günstigeren Wettbewerbsposition befinden würden (vgl. von Arnim 2009: 70, 79f., 377; Herzog 1975: 188; Lorenz/Micus 2009: 22f.), lassen die vorliegenden Daten erkennen, dass deren vermeintliche Vorzüge nur von eingeschränktem und zudem gegenüber politischen und politiknahen Berufen von tendenziell abnehmendem ‚Wert‘ im Selektionsprozess sind.

Beispielsweise würden ‚Lehrer/innen‘ als Beschäftigte im Öffentlichen Dienst gegenüber privatwirtschaftlichen Berufsgruppen über Vorteile bei einem kontinuierlichen parteipolitischen und mehr noch parlamentarischen Engagement verfügen, wie Abkömmlichkeit und berufliche Rückkehrmöglichkeit nach dem Parlamentsaustritt, und ein Parlamentsmandat würde für diese eine attraktive (finanzielle) Anreizstruktur bieten. Jedoch gehen die Entwicklungen bei den Bundestags- und den Europa-Kandidatenaufstellungen in eine andere Richtung: Erstens geht der Anteil der ‚Lehrer/innen‘ unter den Kandidaten insgesamt zurück. Und zweitens wird durch den Vergleich ihres Anteils unter den erfolglosen und den erfolgreichen Bewerbern ersichtlich, dass ihre negative Diskriminierung zunimmt. Eine ähnliche Tendenz liegt auch bei den ‚Berufen im Rechts- und Vollstreckungswesen‘ vor, innerhalb derer der Anwaltsberuf einen beträchtlichen Anteil einnehmen dürfte. Dieser war „zur Zeit Max Webers der natürliche Trainingsberuf für Politiker, die als Anwälte gelernt haben, Interessen zu vertreten (und bieten) noch immer flexible Einstiegs- und vorübergehende Ausstiegszeiten für Politiker“ (von Beyme 2001: 337, Einfügung B.H.). Wie ein erneuter Blick auf die Tabellen 6 und 7 zeigt, nimmt der Anteil der juristischen Berufe unter den Kandidaten jeweils um

17 Der im Vergleich zur Bundestagswahl 1983 hohe Anteil von ‚Abgeordneten und administrativ entscheidenden Berufstätigen‘ unter den Mandatsträgern des im darauf folgenden Jahr gewählten Europäischen Parlaments kann in Verbindung mit ihrem höheren Durchschnittsalter als weiterer Beleg für das einst vorherrschende Aufstellungsmuster bei den ersten Europa-Kandidatenaufstellungen gelesen werden.

über drei Prozentpunkte zu, gleichzeitig steigt jedoch der Anteil der erfolgreichen Bewerber über den der erfolgreichen.

Tabelle 7: Berufsspezifische Selektionseffekte bei Europa-Kandidatenaufstellungen, Angaben in Prozent, 1984 und 2004

	1984			2004		
	Alle Kand.	Erfogl. Kand.	MdEP	Alle Kand.	Erfogl. Kand.	MdEP
Abgeordnete und admin. entscheidende Berufstätige	23,3	16,3	53,1	26,3	19,3	55,6
Büroberufe, Kaufmännische Angestellte	9,1	10,9	1,2	12,1	14,5	2,0
Geistes- und Naturwissenschaftliche Berufe	4,7	5,2	2,5	14,6	15,5	11,1
Lehrerinnen und Lehrer	17,2	17,8	14,8	6,8	8,0	2,0
Berufe im Rechts- und Vollstreckungswesen	8,6	8,9	7,4	11,9	13,8	4,0
Insgesamt	62,8	59,0	79,0	71,7	71,0	74,7

Anmerkungen: ohne EP-Ersatzkandidaten; MdEP = Mitglied des Europäischen Parlaments, Kand. = Kandidaten; *Quelle:* eigene Berechnungen, eigener Datensatz auf Basis von Angaben des Bundeswahlleiters.

Die bei beiden Verteilungsstrukturen beobachteten Verschiebungen der Berufsanteile innerhalb von circa 20 Jahren werden vor allem durch veränderte und exekutierte Selektionsanforderungen und -präferenzen der Auswählenden erklärt und weniger durch Anreizstruktur-Zusammenhänge. Demnach steigt der Bedarf an ‚Politikprofis‘ für das Ausüben von Bundestags- und Europamandaten. Zusammenfassend lassen sich die dargestellten Berufsdaten so interpretieren, dass mit der aussichtsreichen Aufstellung von Wahlbewerbern aus dem schmalen und spezialisierten Sektor politischer und politiknaher Berufe limitierte Professionalisierungspotenziale politischer Karrieren zumindest teilweise kompensiert werden (vgl. Wiesendahl 2006: 110). Damit erfährt also die soziologische Professionalisierung von Politik eine entscheidende Verstärkung. Die Kehrseite dieser Entwicklung ist, dass Selbstreproduktionsmechanismen der politischen Klasse an die Stelle der Rekrutierungsoffenheit der Parteien gegenüber der Gesellschaft treten (vgl. auch Bourdieu 2001: 44, 47, 53f.). Diese Offenheit war in der Ära der Volksparteien am stärksten ausgeprägt (vgl. Schnapp 1997: 81; Kaina 2009: 400). Genau genommen galt sie aber schon damals nur für parteipolitisch gebundene Teile der Gesellschaft.

Um die gesellschaftliche Offenheit der Parteien zu verbessern, wird in der Literatur eine (drastische) Erhöhung der Zahl der Seiteneinsteiger¹⁸ in der Politik gefordert (vgl. von Arnim 2009: 70; Dittberner 2006: 163-168; Lorenz/Micus 2009: 16f.; Wiesendahl 2006: 110). Diesen Forderungen liegt oftmals auch ein normatives Unbehagen an soziostrukturellen Abweichungen zwischen Bürgern und Parlamentsangehörigen zugrunde, die als Loslösung der Parteien und ihrer Vertreter von der Gesellschaft interpretiert werden (vgl. Hartmann 2004). Jedoch wird bei derartigen deskriptiven Repräsentationsvorstellungen eine Sichtweise eingenommen, die politische Repräsentation als das wohl alternativlose Organisationsprinzip moderner Massendemokratien eindimensional auf die Spiegelung soziostruktureller gesellschaftlicher Merkmale durch die Repräsentanten verkürzt, anstatt deren Repräsentationsleistungen zu fokussieren.

Nicht gänzlich absehbar ist, wie sich eine (starke) Zunahme parlamentarischer Seiteneinsteiger auf prozessuale und ergebnisbezogene Funktionserfordernisse parteipolitischen und parlamentarischen Handelns auswirken würde. Politikbildung und -gestaltung findet in den interdependenten Mehrebenensystemen weniger hierarchisch-autoritativ, sondern mehr durch auf Interessenausgleich und Kompromiss abzielende Verhandlungen statt (vgl. Holtmann/Voelzkow 2000). Gerade Parteipolitiker haben ‚von der Pike auf‘ trainiert, politische Entscheidungen konsensual herbeizuführen. Zudem sind bei Seiteneinsteigern Parteibindungen und -loyalität schwächer ausgeprägt als bei ‚parteisozialisierten‘ Kandidaten, die Parteiorganisationsrationalitäten internalisiert haben. Bei einem vermehrten Auftreten parlamentarischer Seiteneinsteiger wäre folglich nicht auszuschließen, dass die Aggregationsfähigkeit, die Geschlossenheit nach außen und damit auch das kollektive Wirkungsvermögen der Parteien zurückgehen.

Unabhängig von der normativen und systemfunktionalen Sicht auf Seiteneinsteiger in Parlamenten könnten diese aufgrund empirischer Entwicklungen zukünftig häufiger in Erscheinung treten: Rückläufige Parteimitgliederzahlen dezimieren das quantitative Reservoir an Nachwuchspolitikern. Das könnte – auch vor dem Hintergrund der steigenden Anforderungen parteipolitischen und parlamentarischen Handelns im Kontext der Professionalisierung von Politik (vgl. Schüttemeyer 1998: 352) – wiederum eine objektive Reduktion der Anzahl geeigneter Kandidaten zu Folge haben. Diese Überlegungen aufgreifend wird abschließend die These aufgeworfen, dass parteinahe Seiteneinsteiger aus politiknahen Berufen bei den Kandidatenaufstellungsvorgängen bessere Nominierungschancen haben, die primär durch obere

18 Zu Seiten- oder auch Quereinsteigern werden hier per definitionem Personen gezählt, die aus „gehobenen Berufsposition(en) direkt in einen politischen Führungsrang wechsel(n) (hier ein Parlamentsmadat, B.H.). In solchen Fällen gibt es weder eine innerparteiliche Karriere, noch eine vorangehende Qualifikation in kommunalen oder staatlichen Wahlämtern.“ (Herzog 1997: 320)

Parteieliten mit der ihr zugeschriebenen, sich stärker an der politischen Professionalitätsmaxime orientierenden Rekrutierungsflexibilität gestaltet werden. Einerseits kann durch politiknahe Berufe ein Minimum an politischem Kapital vorausgesetzt werden. Andererseits können Parteiloyalitätsrisiken durch die Parteinähe abgeschwächt werden. Letztlich bietet aber die Kandidatenaufstellungskompetenz der Parteien ein wirksames Instrument zur Loyalitätsabsicherung, zumindest aber zur nachträglichen Korrekturmöglichkeit von Nominierungsentscheidungen am Ende einer Legislaturperiode.

Die jüngsten Europa-Kandidatenaufstellungsergebnisse in den kleineren Parteien deuten auf folgende, jedoch quantitativ nicht zu überschätzende Entwicklung hin: Begünstigt durch den größeren Einfluss nationaler Parteieliten treten vermehrt Seiteneinsteiger mit politiknahen Berufen und Parteinähe erfolgreich in den Wettbewerb um aussichtsreiche Listenplätze ein. Bei den GRÜNEN wurden Anfang 2009 der Attac-Mitbegründer Sven Giegold und die ehemalige Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International Barbara Lochbihler für sichere Plätze nominiert (vgl. Höhne 2010). Mit Silvana Koch-Mehrin hatte die FDP 2004 eine Spitzenkandidatin gekürt, die zwar ein Parteibuch hatte, jedoch bei den Liberalen bis dahin weithin unbekannt und wenig verankert war (vgl. Höhne 2009). Auf der PDS-Bundesliste von 2004 wurde der damals parteilose Friedensbewegungsaktivist Tobias Pflüger ins Europäische Parlament entsandt. Obwohl keine systematisch vergleichenden Befunde dazu vorliegen, zeichnet sich bei Bundestags-Kandidatenaufstellungen keine ähnliche Entwicklung ab.

5. Fazit

Zielsetzung dieses Aufsatzes war, Selektionseffekte subjektiver Anreiz- und Verteilungsstrukturen auf Rekrutierungsausgaben mittels vergleichender Längsschnitt- und Querschnittbetrachtungen explorativ zu analysieren. Zur Abstraktion der innerparteilichen Realität bei Kandidatenaufstellungen wurde durch Systematisierung und Erweiterung neuerer Ansätze der Rekrutierungsforschung ein Analysemodell entwickelt, nach dem die kombinierten Bundestags-Kandidatenaufstellungen aufgrund ihrer dezentraleren und inklusiveren Verfahren durch untere Parteieliten dominiert sind. Dagegen wurde für Europa-Kandidatenaufstellungen infolge ihrer zentraleren und exklusiveren Prozeduren eine Vorrangstellung oberer Parteieliten herausgearbeitet. Ausgehend von diesen Verfahrenseigenschaften wurde die Forschungsthese aufgeworfen, dass Europa-Kandidatenaufstellungen größere Professionalisierungspotenziale bieten und die Außenselektionsprämisse dort stärker zum Tragen kommt.

Soziostrukturelle Differenzen zwischen Kandidaten- und Abgeordnetenstrukturen, die durch die Gegenüberstellungen von nicht gewählten und ge-

wählten Kandidaten noch deutlicher gemacht wurden, rechtfertigen die den beiden Verteilungsstrukturen beigemessene herausgehobene Stellung im Analysemodell. Obwohl sich Bundestags- und Europa-Kandidatenaufstellungen also in zentralen Eigenschaften voneinander unterscheiden, liegen bei der Alters- und Berufsstruktur zwischen Abgeordneten des Deutschen Bundestages und denen der deutschen Gruppe des Europäischen Parlaments bei den jüngeren Vergleichspunkten nur geringfügige Abweichungen vor. Das bedeutet, dass eine langjährige innerparteiliche Sozialisations- und Qualifizierungsphase sowie ein beruflich determiniertes politisches Professionalitätsniveau entscheidende Nominierungsvoraussetzungen in beiden Verteilungsstrukturen sind. Die Befunde zur zunehmenden Bedeutung politischer und politiknaher Berufe bei Kandidatenaufstellungen, vor allem aus der Perspektive der auswählenden Personen, präzisieren und ergänzen somit frühere Annahmen und Erkenntnisse der Rekrutierungsforschung (vgl. Herzog 1975).

Dass die (nicht gewählten) Europakandidaten jünger werden, während das Alter der (nicht gewählten) Bundestagsbewerber im arithmetischen Mittel steigt, kann als Hinweis für unterschiedlich zusammengesetzte Bewerbergruppen gelesen werden. Jedoch sind die Einflüsse, die auf die Aufstellungsbeziehungsweise Anreizperspektive zurückgehen, bei der Selektion offensichtlich ohne große Auswirkungen, worauf die minimalen Altersunterschiede zwischen Bundestags- und Europaabgeordneten hindeuten. Zur These, dass sich andere Politikertypen um ein Europamandat bemühen und dafür ausgewählt werden als bei Bundestagswahlen (siehe Kapitel 4.3), konnten bei den jüngeren Europa-Kandidatenaufstellungen keine Belege gefunden werden.

Hinweise auf eine stärkere Orientierung der oberen Partieliten an der Außenselektionsprämisse sind erstens die signifikant höheren Frauenanteile bei den Europaabgeordneten, insbesondere in Parteien, die keine Frauenquoten verabschiedet haben, und zweitens das relativ häufigere erfolgreiche Auftreten parlamentarischer Seiteneinsteiger bei den jüngsten Europawahlen. Vorläufig kann resümiert werden, dass zentrale, exklusive und deshalb auch tendenziell stärker durch obere Partieliten dominierte Kandidatenaufstellungsverfahren bessere Parlamentseintrittschancen für Frauen und Seiteneinsteiger bieten. Dies bedarf jedoch weiterer empirischer Überprüfungen, die stärker als in dieser Abhandlung möglich die Ressourcen und die Motivationen von Mandats-Interessenten und auswählenden Personen einbeziehen.

Trotz ihrer Organisationskomplexität und Interessenvielfalt sind Parteien bei Kandidatenaufstellungen in der Lage, auf sich wandelnde äußere Gegebenheiten und Herausforderungen des Politischen zu reagieren. Entscheidend ist aber, dass sie die für die Steuerbarkeit der Kandidatenaufstellungen notwendigen strukturellen und prozessualen Voraussetzungen schaffen, ohne die normativ wichtigen und die rechtlich gebotenen demokratischen Partizipations- und Beeinflussungschancen der Parteimitglieder zu bagatellisieren.

Literatur

- Arnim, Hans Herbert von (2009): Volksparteien ohne Volk. Das Versagen der Politik. München: Bertelsmann Verlag.
- Best, Heinrich/Hausmann, Christopher/Schmitt, Carl (2000): Challenges, Failures, and Final Success: The Winding Path of German Parliamentary Leadership Groups towards a Structurally Integrated Elite 1848-1999. In: Best, Heinrich/Cotta, Maurizio (Hrsg.): *Parliamentary Representatives in Europe 1848-2000. Legislative Recruitment and Careers in Eleven European Countries*. Oxford: Oxford University Press, S. 138-195.
- Best, Heinrich/Jahr, Steffen (2006): Politik als prekäres Beschäftigungsverhältnis: Mythos und Realität der Sozialfigur des Berufspolitikers im wiedervereinten Deutschland. In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 37, 1, S. 63-79.
- Beyme, Klaus von (1993): *Die politische Klasse im Parteienstaat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Beyme, Klaus von (2001): Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker. In: Gabriel, Oscar W./Niedermyer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 315-339.
- Borchert, Jens (2003): Die Professionalisierung der Politik. Zur Notwendigkeit eines Ärgernisses. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Borchert, Jens/Stolz, Klaus (2003): Die Bekämpfung der Unsicherheit: Politikerkarrieren und Karrierepolitik in der Bundesrepublik Deutschland. In: *Politische Vierteljahresschrift* 44, 2, S. 148-173.
- Bourdieu, Pierre (2001): *Das politische Feld. Zur Kritik der politischen Vernunft*. Konstanz: UVK.
- Bösch, Frank (2002): *Macht und Machtverlust. Die Geschichte der CDU*. Stuttgart u.a.: DVA.
- Caul, Miki (1999): Women's Representation in Parliament. The Role of Political Parties. In: *Party Politics* 5, 1, S. 79-98.
- Christmas-Best, Verona/Kjær, Ulrik (2007): Why so Few and Why so Slow? Women as Parliamentary Representatives in Europe from a Longitudinal Perspective. In: Cotta, Maurizio/Best, Heinrich (Hrsg.): *Democratic Representation in Europe. Diversity, Change, and Convergence*. Oxford: Oxford University Press, S. 77-105.
- Dahl, Robert A. (2006): *On Political Equality*. Yale: Yale University Press.
- Dahlerup, Drude (Hrsg.) (2006): *Women, Quotas and Politics*. London/New York: Routledge.
- Das Parlament, 07.07.2008, S. 1.
- Davidson-Schmich, Louise K. (2006): Implementation of Political Party Gender Quotas. Evidence from the German Länder 1990-2000. In: *Party Politics* 12, 2, S. 211-232.
- Dittberner, Jürgen (2006): *Große Koalition, kleine Schritte. Politische Kultur in Deutschland*. Berlin: Logos.
- Edinger, Michael/Schwarz, Bertram (2009): *Leben nach dem Mandat. Eine Studie zu ehemaligen Abgeordneten*, Sonderforschungsbereich 580, H. 35. Jena: Universität Jena.

- Eldersveld, Samuel J. (1964): *Political Parties: A Behavioral Analysis*. Chicago: Rand McNally & Company.
- Europäische Kommission (Hrsg.) (2009): Eurobarometer 70. Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union. Nationaler Bericht Deutschland, Herbst 2008. In: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb70/eb70_de_nat.pdf (29.06.2009)
- European Parliament (2009): *The Selection of Candidates for the European Parliament by National Parties and the Impact of European Political Parties*. Directorate-General for Internal Policies. Policy Department C: Citizens' Rights and Constitutional Affairs. Brüssel: Europäisches Parlament.
- Farrell, David M./Webb, Paul (2000): *Political Parties as Campaign Organizations*. In: Dalton, Russell J./Wattenberg, Martin P. (Hrsg.): *Parties without Partisans, Political Change in Advanced Industrial Democracies*. Oxford: Oxford University Press, S. 102-128.
- Feldkamp, Michael F./Ströbele, Birgit (2005): *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1994-2003*. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages. Baden-Baden: Nomos.
- Gallagher, Michael/Marsh, Michael (Hrsg.) (1988): *Candidate Selection in Comparative Perspective: The Secret Garden of Politics*. London: Sage.
- Grande, Edgar (2000): *Charisma und Komplexität. Verhandlungsdemokratie, Mediendemokratie und der Funktionswandel politischer Eliten*. In: *Leviathan* 28, 1, S. 122-141.
- Hartmann, Michael (2004): *Eliten in Deutschland. Rekrutierungswege und Karrierepfade*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B10/2004, S. 17-24.
- Hartmann, Michael (2007): *Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich*. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Herzog, Dietrich (1973): *Karrieren und politische Professionalisierung bei CDU/CSU, SPD und FDP*. In: Dittberner, Jürgen/Ebbighausen, Rolf (Hrsg.): *Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 109-131.
- Herzog, Dietrich (1975): *Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Herzog, Dietrich (1982): *Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Herzog, Dietrich (1997): *Die Führungsgremien der Parteien: Funktionswandel und Strukturentwicklungen*. In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 301-322.
- Hix, Simon/Noury, Abdul G./Roland, Gérard (2007): *Democratic Politics in the European Parliament*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Höhne, Benjamin (2007): *Recruitment of candidates within major German parties for EU elections: Changes in the recruitment patterns?*, Paper presented at the 16th SUMMER SCHOOL on EUROPEAN PARTIES AND PARTY SYSTEMS: 'Parties & Democracy in the 21st Century', European University Institute (EUI), Florence, 10-21 September 2007. (http://www.uni-trier.de/fileadmin/fb3/prof/POL/VRR/Europeanisation_Recruitment_EP.pdf (29.05.2010)).
- Höhne, Benjamin (2009): *Kandidatenaufstellungen zu Europawahlen 2009 – Neue Pfade bei der Abgeordnetenrekrutierung?* In: *CIVIS mit SONDE*, 4, S. 25-27.
- Höhne, Benjamin (2010): *Europaliste mit Strahlkraft nach innen und außen. Kurzanalyse einer Befragung zu den Kandidatenaufstellungen bei BÜNDNIS 90/DIE*

- GRÜNEN zur Europawahl 2009. In: Lemke, Steffi (Hrsg.): GRÜNER Info-dienst-Intern, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kalenderwoche 04/2010, 29. Januar 2010. (http://www.gruene-partei.de/cms/files/dokbin/324/324269.kurzanalyse_europakandidatenaufstellung.pdf (29.05.2010).
- Holtmann, Everhard/Voelzkow, Helmut (Hrsg.) (2000): Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie: Analysen zum Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Ipsen, Jörn (Hrsg.) (2008): Parteiengesetz. Kommentar. München: Beck Juristischer Verlag.
- Jun, Uwe (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Kaina, Viktoria (2009): Eliteforschung. In: Dies./Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie. Ein Studienbuch. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 385-419.
- Katz, Richard S. (2001): The Problem of Candidate Selection and Models of Party Democracy. In: Party Politics 7, 3, S. 277-296.
- Kinzig, Silke (2007): Auf dem Weg zur Macht? Zur Unterrepräsentation von Frauen im deutschen und U.S.-amerikanischen Regierungssystem. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. In: Politische Vierteljahresschrift 6, 1, S. 20-41.
- Kreiner, Maria (2006): Amt auf Zeit. Eine Verbleibsstudie über ehemalige Bundestagsabgeordnete. Baden-Baden: Nomos.
- Lawless, Jennifer L./Fox, Richard L. (2005): It takes a candidate: Why Women Don't Run for Office. Cambridge: Cambridge University Press.
- Leif, Thomas (1992): Personalrekrutierung der SPD: kopf- und konzeptionslos. In: Ders./Legrand, Hans-Josef/Klein, Ansgar (Hrsg.): Die politische Klasse in Deutschland. Bonn/Berlin: Bouvier, S. 223-240.
- Luhmann, Niklas (2006): Organisation und Entscheidung, 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lundell, Krister (2004): Determinants of Candidate Selection. The Degree of Centralization in Comparative Perspective. In: Party Politics 10, 1, S. 25-47.
- Lorenz, Robert/Micus, Matthias (2009): Politische Seiteneinsteiger - Exoten in Parteien, Parlamenten, Ministerien. In: Dies. (Hrsg.): Seiteneinsteiger. Unkonventionelle Politiker-Karrieren in der Parteiendemokratie, Göttinger Studien zur Parteienforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-28.
- Michels, Robert (1968): Formale Demokratie und oligarchische Wirklichkeit. In: Lenk, Kurt/Neumann, Franz (Hrsg.): Theorie und Soziologie der Politischen Parteien. Neuwied am Rhein/Berlin: Luchterhand, S. 242-261.
- Niedermayer, Oskar (2005): Europa als Randthema: Der Wahlkampf und die Wahlkampfstrategien der Parteien. In: Ders./Schmitt, Hermann (Hrsg.): Europawahl 2004. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 39-75.
- Norris, Pippa (1999): Recruitment into the European Parliament. In: Katz, Richard S./Wessels, Bernhard (Hrsg.): The European Parliament, the National Parliaments, and European Integration. Oxford: Oxford University Press, S. 86-102.
- Norris, Pippa (2006): Recruitment. In: Katz, Richard S./Crotty, William (Hrsg.): Handbook of Party Politics. London u.a.: Sage, S. 89-108.

- Norris, Pippa/Lovenduski, Joni (1997): United Kingdom. In: Norris, Pippa (Hrsg.): Passages to power: Legislative recruitment in advanced democracies. Cambridge: Cambridge University Press, S. 158-186.
- Pelinka, Anton (1979): Volksvertretung als funktionale Elite – Der österreichische Nationalrat auf dem Weg zum Arbeitsparlament. In: Khol, Andreas/Stirnemann, Alfred (Hrsg.): Österreichisches Jahrbuch für Politik 1978. München/Wien: Oldenbourg.
- Poguntke, Thomas (2001): Parteiorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland: Einheit in der Vielfalt? In: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 253-273.
- Poguntke, Thomas (2007): Europeanization in a consensual environment? German political parties and the European Union. In: Ders./Aylott, Nicholas/Carter, Elisabeth/Ladrech, Robert/Luther, Kurt Richard (Hrsg.): The Europeanization of National Political Parties: Power and Organizational Adaptation. London/New York: Routledge, S. 108-133.
- Poguntke, Thomas/Pütz, Christine (2006): Parteien in der Europäischen Union: Zu den Entwicklungschancen der Europarteien. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 37, 2, S. 334-353.
- Priddat, Birger P. (2006): Ratlose Eliten: Politik, Demokratie und Beratung. In: Münkler, Herfried/Straßenberger, Grit/Bohlender, Matthias (Hrsg.): Deutschlands Eliten im Wandel. Frankfurt am Main/New York: Campus, S. 47-64.
- Rahat, Gideon (2009): Which Candidate Selection Method is the Most Democratic? In: Government and Opposition 44, 1, S. 68-90.
- Rahat, Gideon/Hazan, Reuven Y. (2001): Candidate Selection Methods. An Analytical Framework. In: Party Politics 7, 3, S. 297-322.
- Rahat, Gideon/Hazan, Reuven Y./Katz, Richard S. (2008): Democracy and Political Parties. On the Uneasy Relationships between Participation, Competition and Representation. In: Party Politics 14, 6, S. 663-683.
- Ranney, Austin (1981): Candidate Selection. In: Butler, David/Penniman, Howard R./Ders. (Hrsg.): Democracy at the Polls. A Comparative Study of Competitive National Elections. Washington, DC/London: American Enterprise Institute, S. 75-106.
- Reichel, Peter (1974): Bundestagsabgeordnete in europäischen Parlamenten. Zur Soziologie des europäischen Parlamentariers. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Reif, Karlheinz/Schmitt, Hermann (1980): Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for Analysis of European Election Results. In: European Journal of Political Research 8, 1, S. 3-44.
- Reitmayer, Morten (2009): Elite. Sozialgeschichte einer politisch-gesellschaftlichen Idee in der frühen Bundesrepublik, München: Oldenbourg.
- Roberts, Geoffrey K. (2002): Selecting, Voting and Adjudication: The Politics of Legislative Membership in the Federal Republic of Germany. In: Government and Opposition 37, 2, S. 231-249.
- Satzung der CSU. Satzung vom 13. Oktober 2006.
- Scharpf, Fritz W. (2000): Interaktionsformen. Akteurzentrierter Institutionalismus in der Politikforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schindler, Peter (Hrsg.) (1999): Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999. Eine Veröffentlichung der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, Gesamtausgabe in 3 Bänden. Baden-Baden: Nomos.

- Schmid, Josef/Zolleis, Udo (Hrsg.) (2005): Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schmitt, Hermann/Niedermayer, Oskar (1979): Die mittlere Führungsschicht der SPD und die westeuropäische Integration. In: Die Neue Gesellschaft 26, 6, S. 484-488.
- Schmitt, Hermann/Wüst, Andreas M. (2004): Direktkandidaten bei der Bundestagswahl 2002: Politische Agenda und Links-Rechts-Selbsteinstufung im Vergleich zu den Wählern. In: Brettschneider, Frank/Deth, Jan van/Roller, Edeltraud (Hrsg.): Die Bundestagswahl 2002. Analysen der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 303-325.
- Schnapp, Kai-Uwe (1997): Soziale Zusammensetzung von Elite und Bevölkerung - Verteilung von Aufstiegschancen in die Elite im Zeitvergleich. In: Bürklin, Wilhelm/Rebenstorf, Hilke (u.a.) (Hrsg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen: Leske + Budrich, S. 69-99.
- Schultze, Rainer-Olaf (1977): Kandidatenauswahl. In: Sontheimer, Kurt/Röhring, Hans H. (Hrsg.): Handbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. München/Zürich: Piper, S. 302-312.
- Schuster, Gunnar (1994): Kandidatenaufstellungen und Wahlprüfungsverfahren in Europa: Eine Bilanz. In: Wolfrum, Rüdiger/Ders. (Hrsg.): Verfahren der Kandidatenaufstellung und der Wahlprüfung im europäischen Vergleich. Baden-Baden: Nomos, S. 204-213.
- Schüttemeyer, Suzanne S. (1998): Fraktionen im Deutschen Bundestag 1949-1997. Empirische Befunde und theoretische Folgerungen. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schüttemeyer, Suzanne S. (2002): Wer wählt wen wie aus? Pfade in das unerschlossene Terrain der Kandidatenaufstellung. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik 51, 2, S. 145-161.
- Schüttemeyer, Suzanne S./Sturm, Roland (2005): Der Kandidat – das (fast) unbekanntes Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 36, 3, S. 539-553.
- Solvang, Bernt Krohn (1982): Political Positions, Hierarchies and Political Markets: Towards a New Theory on Political Recruitment. In: Scandinavian Political Studies 5, 2, S. 149-167.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1980): Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 10. Juni 1979, Heft 7, Textliche Auswertung der Wahlergebnisse, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1992): Klassifizierung der Berufe. Personensystematik. Systematisches und alphabetisches Verzeichnis der Berufsbenennungen, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005a): Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Heft 1, Ergebnisse und Vergleichszahlen früherer Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen sowie Strukturdaten für die Bundestagswahlkreise, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005b): Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Heft 3, Endgültige Ergebnisse nach Wahlkreisen, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2005c): Wahl zum 16. Deutschen Bundestag am 18. September 2005, Sonderheft, Die Wahlbewerber für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag 2005, Wiesbaden.
- Süddeutsche Zeitung, 04.06.2009, S. 10.

- Ware, Alan (1996): *Political Parties and Party Systems*. Oxford: Oxford University Press.
- Weber, Max (1921): *Politik als Beruf* (1919). In: Ders.: *Gesammelte Politische Schriften*. München: Drei Masken Verlag, S. 396-450.
- Weber, Max (1980): *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie* (1922). Studienausgabe. 5., rev. Auflage. Tübingen: Mohr.
- Weßels, Bernhard (1995): *Different Parliaments – Different Recruitment Patterns? Candidates and the Elected for the National and the European Parliament in Germany*, Prepared for presentation at the 1995 Joint Sessions of Workshops of the ECPR, Workshop on “Legislative Recruitment and the Structure of Opportunities”, Bordeaux, 27 April – 2 May 1995.
- Wiesendahl, Elmar (1980): *Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Wiesendahl, Elmar (2006): *Rekrutierung von Eliten in der Parteiendemokratie. Wer sind die Besten und setzen sie sich in den Parteien durch?* In: Gabriel, Oscar W. (Hrsg.): *Eliten in Deutschland. Bedeutung, Macht, Verantwortung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 94-113.
- Wildenmann, Rudolf (1989): *Volksparteien. Ratlose Riesen?* Baden-Baden: Nomos.
- Wüst, Andreas M./Schmitt, Hermann/Gschwend, Thomas/Zittel, Thomas (2006): *Candidates in the 2005 Bundestag Election: Mode of Candidacy, Campaigning and Issues*. In: *German Politics* 15, 4, S. 420-438.
- Zeuner, Bodo (1969): *Innerparteiliche Demokratie*. Berlin: Colloquium-Verlag.

